

Buch und Diskussion

Rotarmistinnen

Kerstin Bischl: Frontbeziehungen – Geschlechterverhältnisse und Gewaltdynamiken in der Roten Armee 1941–1945. Hamburg: Hamburger Edition 2019, 346 S., 28 €.

Ute Schmidt

Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die stalinistische Sowjetunion am 22. Juni 1941 kämpften ca. 36 Millionen Rotarmisten gegen das nationalsozialistische Deutschland. Unter ihnen waren knapp eine Million Frauen – ein Faktum, das bisher kaum beachtet wurde. Als Sieger und Besatzer in Mittel- und Osteuropa vergewaltigten Angehörige der Roten Armee Abertausende von Zivilistinnen. Die Autorin bezieht sich auf verschiedene Studien, die von ca. zwei Millionen vergewaltigter Frauen allein auf deutschem Boden sprechen.¹ Die Vergewaltigungen konnten sehr brutal sein, aber auch als Nötigung ohne Einsatz physischer Gewalt stattfinden. Unter den Opfern waren nicht allein Frauen des besiegten militärischen Gegners, sondern auch befreite osteuropäische Zwangsarbeiterinnen und jüdische Frauen.

Diese massenhaften Vergewaltigungen sind sowohl in der zeitgeschichtlichen Forschung als auch im öffentlichen Bewusstsein hinlänglich bekannt. Weniger im Fokus der Forschung stand bisher die Rolle der weiblichen Angehörigen der Roten Armee, die in unterschiedlicher Weise mit sexuellen Gewaltverhältnissen konfrontiert waren. In ihrer Studie geht Kerstin Bischl der Frage nach, wie es zu dieser überbordenden sexuellen Gewalt kommen konnte. Die Varianz der Gruppen, die nicht allein wegen ihrer ethnischen oder nationalen Zuschreibung zu Opfern wurden, wie auch die Art und Weise der Vergewaltigungen erfordern – so Bischl – eine Abkehr von monokausalen Erklärungen und eine Deutung, die die alltäglichen Erfahrungen der Rotarmisten im „Großen Vaterländischen Krieg“ in den Blick nimmt. Bischl untersucht daher, „welche Geschlechterverhältnisse und Gewaltdynamiken sich in dem – durch Mangel und stalinistische Willkür geprägten – „Frontraum“ der Roten Armee herausgebildet hatten. Sie sollen als Erklärung für die sexuelle Gewalt der Rotarmisten herangezogen werden.

Für ihre Untersuchung kann die Autorin auf einen umfangreichen Fundus an Literatur zurückgreifen. Tatsächlich liegen zu diesem Thema eindrucksvolle quellenfundierte Werke und Dokumentationen namhafter HistorikerInnen und ZeitzeugInnen vor.²

Die Autorin geht in drei Analyseschritten vor:

-
- 1 Bischl: *Frontbeziehungen*, S. 21; Barbara Johr, in: Sander, Helke/Johr, Barbara (Hrsg.): *Befreier und Befreite*, München 1992, S. 48–58.
 - 2 Zur neueren Literatur vgl. z.B. Catherine Merridale: *Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939–1945*, Frankfurt a. M. 2006; Norman M. Naimark: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949*, Berlin 1997; Lew Kopelew: *Aufbewahren für alle Zeit*, München 1983. - Merridale wie auch Naimark beleuchten zudem andere Aspekte wie z.B. den Ersatz regulärer Truppen durch freigelassene Sträflinge in der Endphase des Krieges in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und in der sowjetischen besetzten Zone bzw. der DDR. Vgl. Merridale, S.335.

1. Der erste Teil behandelt den Kriegsalltag der Rotarmisten im „Frontraum“ des Kriegsgeschehens, der nicht nur durch den vom nationalsozialistischen Deutschland geführten Vernichtungskrieg, sondern auch durch die Dynamik und harschen Sanktionen des Kriegsstalinismus geprägt war.
2. Der zweite Teil fragt nach dem unterschiedlichen Kriegserleben der Rotarmistinnen und Rotarmisten. Die Autorin beschreibt den Weg der jungen emanzipierten Frauen an die Front, ihr Frauenbild und ihre Strategien, in dem von Mangel- und Gewalt gezeichneten Frontraum zu überleben. Anschließend nimmt sie die Männer der Roten Armee in den Blick und fragt nach deren Reaktionen auf die Kameradinnen und nach ihren Frauenbildern.
3. Der dritte Teil schildert das Kriegsende und das Verhalten der brutalisierten Sieger und „Befreier“ gegenüber zivilen Frauen (nicht nur von besiegten Deutschen), was häufig in sexueller Gewalt endete. Hier wird nach der Dynamik und der Bedeutung gefragt, die in dieser Gewalt zum Ausbruch kam. Gewalt wird hier als „Zusammenspiel von gewalttätigen sozialen Praktiken unter Männern und ihren Bildern von Sexualität und Männlichkeit“ erklärt.

Kriegsalltag

Die anfängliche Begeisterung der jungen sowjetischen Rekruten wich schon während der Ausbildung bitterer Enttäuschung und tiefer Verstörung. Das betraf zum einen die unzureichende Versorgung der Frontsoldaten mit Nahrungsmitteln, Essen und warmer Bekleidung, zum andern die mangelnde Ausrüstung mit Waffen und anderen Einsatzmaterialien, Karten, Unterständen, die Unterbringung in Massenquartieren und Erdlöchern, die fehlende medizinische und sanitäre Versorgung usw. Es gehörte zum Alltag, zwischen den Gefallenen, ob Kameraden oder Feinden, herumzugehen, deren Kleidung und Stiefel bis aufs letzte Hemd auszuziehen und im Winter mit der Leichenstarre und dem Frost fertig zu werden.³

Schlimmer noch war jedoch die permanente Überwachung, die Angst vor dem NKWD und den Kommissaren, die Brutalität und Willkür der Repressionsorgane, wie beispielsweise den „Sperrkommandos“ der „Smersch“, die mit dem Befehl Nr. 227 sogenannte „Panikmacher und Feiglinge“ zwangen, in den sicheren Tod zu gehen. Um die Soldaten gefügig zu machen, hatten Offiziere vor der Schlacht um Stalingrad nicht davor zurückgeschreckt, jedem Zehnten ins Gesicht zu schießen. Insgesamt wurden im Rahmen dieser vermeintlichen Disziplinierungsmaßnahme binnen weniger Wochen 13 500 Rotarmisten erschossen.⁴ In Erinnerungen von Soldaten, die im Zuge der Aufarbeitung des Stalinismus seit der Perestroika verfasst wurden, ist von einem „Krieg der Repressionsorgane gegen die einfachen Militärangehörigen“ die Rede.

So schreibt Nikulaj Nikulin, ein ehemaliger Schütze, der lange in der eingeschlossenen Petersburger Region kämpfte, in seinen Erinnerungen:

„Die Mannschaften gingen in die Gefechte, vorangetrieben durch den Schrecken. (...) Nicht weniger Schrecken (als die Deutschen) rief die gnadenlose Androhung der Erschießung hervor. Um die amorphe Masse der schlecht ausgebildeten Soldaten in der Gefolgschaft zu halten, wurden die Erschießungen vor dem Gefecht durchgeführt. (...) Diese vorsorgliche Politarbeit sorgte für Angst vor dem NKVD und den Kommissaren –

³ Bischl, S. 88.

⁴ Vgl. Merridale, S. 178, Bischl, S. 52.

mehr als vor den Deutschen. Die Angst hat die Soldaten gezwungen, in den Tod zu gehen. (...) Erschossen wurde, natürlich, auch nach erfolglosen Kämpfen.“⁵

Willkürlich agierende und ständig betrunkene Kommandierende hätten den einfachen sowjetischen Soldaten entgegen aller Vernunft zugesetzt und sie mit Gewalt in die Gefechte getrieben, um so die eigene Inkompetenz zu verbergen.⁶

Belastend wirkten auch psychische Probleme, vor allem die Sorgen über die Lage der Familien zuhause sowie um den Zusammenhalt der sozialen Beziehungen in und außerhalb der Armee. Diese Spannungen werden anhand zahlreicher sogenannter „Ego-Dokumente“ (Auszüge aus Briefen, Tagebüchern und dergleichen) in kurzen Sequenzen eindrücklich dargestellt.

Die Reibungen und Konflikte zwischen den Rotarmisten untereinander resultierten auch aus der Rekrutierungsstruktur der Roten Armee. Im Unterschied zu anderen Armeen, wie etwa der Deutschen Wehrmacht, würfelten die Militärbehörden bei Rekrutierung, Ausbildung und Fronteinsatz einander Unbekannte zusammen. Der Kriegsdienst zusammen mit Freunden, Landsleuten oder Angehörigen war in der Roten Armee hingegen eine Seltenheit. Dies erschwerte es den Soldaten, sich besser kennen zu lernen und die Folgen von Mangelversorgung, permanenter Überwachung, Misstrauen, Angst, Depressionen und Traumata solidarisch zu bewältigen. Die Zeit, die einem einfachen Frontsoldaten bis zur Gefangennahme, Verwundung oder dem Tod blieb, war in den ersten Kriegsjahren ohnehin nur sehr kurz bemessen, sodass solche Bekanntschaften bald abrisen.⁷ Die Rote Armee war insofern – so Bischl – „eine anonyme Masse einander fremder Menschen“.⁸

Heimurlaub gab es für die Angehörigen der Roten Armee nicht oder allenfalls für wenige Tage mit der gesamten Kompanie in Frontnähe. Die Bedeutung des Alkoholkonsums im Frontalltag beruhte – so Bischl – auf einer „Mischung von Gruppenzwang und Angst- und Verzweiflungstherapie“. Der Konsum von Wodka war aber mehr als ein Geselligkeits- und Fluchtmittel, sondern symbolisch aufgeladen. In ihm verbanden sich „Kampf, Sieg und Überleben zur (imaginierten) soldatischen Identität“. Viele Rotarmisten wurden alkoholabhängig und tranken ersatzweise Spirit oder Desinfektions- und Lösungsmittel, die dann in Hospitälern und Lazaretten fehlten. Nicht wenige „organisierten“ sich Alkohol in den Dörfern, die sie passierten oder „befreiten“, indem sie mit den dortigen Bewohnern „handelten, sie erpressten oder ausraubten“.⁹

Die Rotarmisten benötigten – laut Bischl – einen Referenzpunkt für ihr Gewalthandeln. Sie artikulierten sich jedoch auch spontan, eruptiv und ohne vorgeblichen Sinn gewalttätig. Die Gewaltbereitschaft hatte sich weitgehend kontextunabhängig in ihre Identität eingeschrieben und konnte daher immer wieder hervorbrechen.¹⁰ Die These der Autorin ist, dass „an die Stelle von vertrauensvollen und auf Individualität beruhenden Beziehungen kurzfristige Gemeinschaften von Männern traten, die sich durch (den Bezug auf) die eigene Gewaltbereitschaft zusammenfanden und sich zu entsprechenden Handlungen anspornten. Diese Gewaltbereitschaft war allerdings aufgrund der ihr innewohnenden sozialen Dynamik immer weniger einhegbar.“¹¹ Der Angriff der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 löste in großen Teilen der sowjetischen

5 Bischl, S. 58

6 Ebd.

7 Vgl. Merridale, S. 27, 224.

8 Bischl, S. 96.

9 Ebd., S. 106 f.

10 Ebd., S. 129, 113, 120.

11 Ebd., S. 24

Bevölkerung zunächst eine Kriegseuphorie aus, in der vieles zusammenkam: ein Gefühl der Ohnmacht angesichts der deutschen Luftangriffe und des Vorrückens der deutschen Wehrmacht, eine patriotische Stimmung, die weite Teile des Landes und der großen Städte ergriff. Vor allem die Jugend wurde zur Mobilisierung aufgerufen und als erste in die Reihen der Roten Armee eingezogen. Sie war mit einer Revolutionsromantik aufgewachsen, der ihr trister Alltag nicht mehr entsprach. Viele warteten sehnsüchtig auf den Mobilisierungsbefehl oder schrieben sich erst einmal bei der Bürgerwehr ein. Unter ihnen waren auch viele junge Frauen.¹²

Die Rotarmistinnen stellten von 1941 bis 1945 zwei bis drei Prozent (zeitweise auch mehr) der sowjetischen Truppen. Im Unterschied zu den deutschen „Wehrmachtshelferinnen“ oder den Frauen in der britischen und US-amerikanischen Armee hatten sie einen Soldatenstatus, waren bewaffnet und in allen Truppenteilen zu finden. Meist arbeiteten sie als Sanitäterinnen, Funkerinnen oder Aufklärerinnen, in Krankenhäusern und Lazaretten, als Sekretärinnen, Übersetzerinnen und zivilen Helferinnen in der Etappe. Nur Pilotinnen und Scharfschützinnen waren in separaten Fraueneinheiten eingesetzt.

Im zweiten Teil ihrer Arbeit unterscheidet Bischl zwischen dem Kriegserleben und den Erfahrungen von jungen Frauen und Männern in der Roten Armee. Sie beschreibt die Karrieren von hochqualifizierten und emanzipierten jungen Frauen, die meist aus politisch aktiven Familien stammten und sich für die Verteidigung ihres Heimatlandes engagierten:

„Die Rotarmistinnen standen für eine neue Kohorte an (jungen) Frauen, die sich der Sowjetunion mindestens genauso verschrieben hatten wie ihre männlichen Altersgenossen. Es waren politisierte und gebildete Frauen aus den Städten, die ihre Mobilisierung aktiv betrieben – soziale Aufsteigerinnen. Sie hatten das Modernisierungsversprechen angenommen, das ihnen der Staat gerade auch als Frauen



„Schließt Euch den Reihen der Freunde der Front an. Der Freiwillige ist der Freund und Helfer des Soldaten.“ Plakat 1941 aus: David King, *Roter Stern über Russland*, Mehring Verlag, o.J.

gemacht hatte und erlebten die (Vorkriegs-)Sowjetunion als geschlechterpolitischen Aufbruch, der die „Positionierung der Frauen zum Staat“ neu ordnete und sie als Individuen an diesen band. Dementsprechend wollten sie sich vor dem Staat und seinen Historikern beweisen.“¹³

¹² Bischl, S. 70–75 f.

¹³ Ebd., S. 148 f.

Die von Bischl beschriebenen Einzelfälle zeigen, dass die sowjetischen Frauen „trotz des genderpolitischen Aufbruchs in der Vorkriegszeit“ auch in der Zeit des Krieges mit diversen Ansprüchen konfrontiert waren: Die staatsbürgerliche Pflicht zur Verteidigung der Heimat stand oft im Gegensatz zu familiären Fürsorgepflichten für Eltern, Großeltern, Kinder u. a.¹⁴

Frauenspezifische Erfahrungen: sexuelle Gewalt, Übergriffe, Auswege

Der Alltag an der Front war für die weiblichen Angehörigen der Roten Armee grundsätzlich ebenso hart wie für die Männer. Dennoch gab es bei fehlender Ausrüstung und Bekleidung, mangelnder Hygiene und Wasch- und Schlafgelegenheiten, inakzeptabler Unterbringung und Versorgung viele Defizite, mit denen besonders die Frauen konfrontiert waren. Die „Frauensache“ bescherte ihnen Momente der Hilflosigkeit und der Scham.¹⁵



„Die emanzipierte Frau baut den Sozialismus aus.“ Plakat von Adolf Strachow, Charkow, 1926

Sexuelle Belästigungen, Nötigungen und Vergewaltigungen kamen nicht selten vor. In der „Frauschützenbrigade“ gab es auch sogenannte „wilde Ehen“, wobei nicht immer klar war, ob es sich um einvernehmliche Verbindungen, Vergewaltigungen oder Zwangsehen handelte.¹⁶

Die Entscheidung gut ausgebildeter und emanzipierter Frauen, sich an die Front zu melden, war – so Bischl – auch eine Strategie, um in der Mangel- und Gewaltgesellschaft der Roten Armee zu überleben und ein Auskommen zu haben. Erfolgversprechend war dies am ehesten, wenn die Frauen eine „Schutzbeziehung“ zu einem der höheren Offiziere eingingen. Der alltagssprachliche Begriff dafür war „marschierende Front-Ehefrau“ bzw. „Pochodno-Polevaja Zena“ (PPZ) oder formell „sozitel’stvo“. Dieser Status war für die Frauen die einzige Möglichkeit, um – in einer Mischung aus Zwang und Selbstbestimmung – ihre sexuelle Verfügbarkeit

selbst zu definieren und sich gegen Übergriffe anderer Rotarmisten, die Frauen aufzulauern, zu schützen. Er war eine weitverbreitete, aber immer „individuelle Lösung für ein

14 Ebd., S.154.

15 Bischl, S.167.

16 Ebd., S. 170.

Problem, das die Rote Armee institutionell nicht bewältigte.“¹⁷ Im Unterschied zu den einfachen Soldatinnen genossen die „Front-Ehefrauen“ weitere Privilegien und waren deshalb bei anderen Frauen nicht beliebt. Sie waren gut versorgt und mit Stiefeln und Pelzen ausgestattet, während es den anderen Frauen an warmer Kleidung, Nahrung und Medikamenten fehlte. Sie genossen auch weitere Vorteile, die anderen nicht gewährt wurden. So durften sie beispielsweise bei langen Märschen auf den Fahrzeugen mitfahren. Demgegenüber waren die einfachen Soldatinnen benachteiligt und mit ihren Problemen weitgehend alleingelassen.

Bischl untersucht auch die Frauenbilder der Männer in der Roten Armee und ihre Rolle für die „Vergemeinschaftsprozesse“ der Rotarmisten. Sie schließt daraus, dass „Geschichten über die sexuelle Verfügbarkeit von Frauen einen kleinsten gemeinsamen Nenner für die ansonsten vereinzelt Männer bedeuteten“ und dass sie die Vorstellung entwickelten, „als verdiente Soldaten ein Recht auf Frauen und deren Körper zu haben“. Diese Erwartungshaltung der Männer habe – so Bischl – „die Notwendigkeit einer Schutzbeziehung für die Frauen verstärkt“ und damit „die Geschlechterverhältnisse im Frontraum und darin das Männlichkeitsverhalten radikalisiert“.¹⁸

Kriegsende

Der dritte Teil der Arbeit schildert das Kriegsende und das Zusammentreffen der brutalisierten Sieger und (selbst erklärten) „Befreier“ mit zivilen Frauen verschiedener Nationalität und Herkunftsgebiete, was vielfach in sexueller Gewalt endete. Nicht nur deutsche Frauen, die von den Siegern als Kriegsbeute angesehen wurden, auch Polinnen und aus Lagern befreite Jüdinnen und „Displaced Women“ wurden hier ungeachtet ihres Schicksals und ihrer Nationalität Opfer einer sexuellen Gewalt, die – so Bischl – auf demselben Hintergrund basierte.¹⁹

Quellen

Das Buch von Kerstin Bischl basiert auf einer breiten Quellenbasis. Der Zugang zu den Akten der Roten Armee (CAMO) blieb der Autorin allerdings versperrt. Sie konnte jedoch Dokumente der „Inneren Truppen des NKVD zur Sicherung des Hinterlandes der kämpfenden Armee“ und Akten der „Ersten Freiwilligen Frauenschützenbrigade“ einsehen. Diese Einheit wurde 1942 mit knapp 7 000 Frauen und 1 000 Männern aufgestellt und 1944 aufgelöst.

Da es sich bei diesem Thema um Erfahrungen, Wahrnehmungsweisen und Handlungsmuster handelt, sind hier Briefe, Erinnerungen, Tagebücher aus verschiedenen Sammlungen – so genannte „EGO-Dokumente“ – von besonderem Interesse. Die Autorin hat 2005/06 selbst vier Interviews mit Veteraninnen geführt.

Ein einzigartiger Quellenbestand sind Transkripte von ca. 5 000 Interviews mit Rotarmisten und Rotarmistinnen, die in den 1940er Jahren noch in unmittelbarer Nähe der Schlachtfelder gesammelt wurden und inzwischen wieder zugänglich sind.

Resumee

Die von Bischl eindrucksvoll dargestellten Sachverhalte geben Anlass für einige weitergehende Fragestellungen:

17 Ebd., S. 176

18 Vgl. Bischl, Frontbeziehungen, S. 24.

19 Ebd.

1. Im Hinblick auf die geschilderten Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse der Frauen im Frontalltag wäre zum Beispiel zu fragen, wie sich diese mit dem – zumindest formalen – Postulat der Gleichberechtigung der Geschlechter in der nachrevolutionären Gesellschaft der Sowjetunion vor Ausbruch des Krieges, zumal in der Arbeitswelt, in Einklang bringen lassen, und wie sie mit den Normen der überlieferten Familien- und Sexualmoral im zivilen Leben vereinbar waren.
2. Der Stalinsche Terror hatte bekanntlich Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und führte zu einer Brutalisierung der gesellschaftlichen Normen. Die Frage wäre, ob und wie diese speziell die Geschlechterbeziehungen beeinflusste, sowohl in zivilen Leben als auch in der Armee.
3. Auch ein Vergleich mit den anderen am Krieg beteiligten Armeen wäre reizvoll, was das Verhalten gegenüber Frauen und den Umgang mit sexuellen Übergriffen, sowohl innerhalb der Truppe als auch gegenüber den Besiegten, angeht. Die deutsche, die französische, die englische und die amerikanische Armee blickten, anders als die erst 1918 von Leo Trotzki aufgebaute Rote Armee, auf lange Traditionen mit entsprechenden Verhaltens- und Ehrenkodizes zurück. Es wäre zu fragen, ob und wie weit diese Regeln beachtet wurden, ob sie überhaupt humanitären Ansprüchen genügten und ob sie geeignet gewesen wären, Frauen vor Übergriffen und Gewaltverhältnissen zu schützen.

BND-Desaster

Ronny Heidenreich: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau. 1. Auflage, Berlin: Christoph Links Verlag 2019, 704 S., 50 €.

Stefan Appelius

Die von Heidenreich vorgelegte Publikation über die Frühgeschichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) ist nicht nur das Ergebnis einer jahrelangen akribischen Fleißarbeit, sondern vor allem eine hochinteressante und sehr lesenswerte Abhandlung, die über das im Titel visierte Jahr 1961 hinausreicht. Diesem Buch ist schon deshalb eine weite Verbreitung zu wünschen, weil man die deutsche Nachkriegsgeschichte ohne die Heranziehung der Ereignisse an der „unsichtbaren Front“ der Geheimdienste nicht korrekt einordnen kann, wie Heidenreich unterstreicht (S. 16). Jeder, der über die Aktivitäten der Geheimdienste während des Kalten Krieges gearbeitet hat, wird dieser Einschätzung nur zustimmen können. Heidenreich benennt in seinem Buch eine Vielzahl Personen, die für den Westen spionierten und deshalb im Osten inhaftiert wurden. Das ist oft wagemutig – sowohl vom Autor, als auch vom Verleger, denn die Zeitgeschichtsschreibung ist im Zeitalter des Datenschutzes nicht einfacher geworden. Auch Wissenschaftler müssen damit rechnen, von Betroffenen oder deren Angehörigen verklagt zu werden, stellenweise sogar unter Bezug auf von ihnen unterzeichnete Verschwiegenheitserklärungen gegenüber westlichen Diensten. Ich denke an einen früheren V-Mann des BND (Jahrgang 1935), der wegen Militärspionage zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und der bis zu seinem Freikauf 1965 nach West-Berlin in Hohenschönhausen inhaftiert war. Die gesamten Haftakten dieses Mannes, den ich vorsichtshalber hier nicht mit seinem Klarnamen nennen will, sind in der BStU „verschwunden“. Das heißt, er gilt nach Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) als „nicht erfasst“, obwohl sich frühere Haftkameraden aus Hohenschönhausen sehr lebhaft an ihn erinnern. Seine Schwiegertochter teilte mir

noch vor wenigen Jahren telefonisch mit, ihn und seine Frau gebe es nicht, das müsse ein Irrtum sein. Zu diesem Zeitpunkt lebte der Mann sogar noch. Vor diesem Hintergrund lässt sich gut verstehen, dass Heidenreich mitunter sehr zurückhaltend in seinen Formulierungen ist. Warum er allerdings bei dem Top-Agenten Hans Möhring (S. 320) darauf verzichtet, zumindest dessen Tätigkeit für den Secret Service anzugeben, ist mir unklar.

Nach bisherigen Erkenntnissen ahnten die Amerikaner nichts vom Ausbruch des Volksaufstands vom 17. Juni 1953. Allerdings haben sowohl die Amerikaner als auch die Organisation Gehlen (OrG) unmittelbar auf den Aufstand reagiert. Die CIA hat ihren Agenten Dr. Gerhard Raue (1928–1981) – der sich an jenem Tag aufgeschreckt von den Unruhen telefonisch aus West-Berlin bei seinem Officer meldete, um Anweisungen zu erhalten – angewiesen, alles zu tun, um seine Tarnung als SED-Mitglied aufrechtzuerhalten. Bloß nicht auffallen! Nicht viel anders dürfte es bei den V-Leuten der OrG gewesen sein, soweit sich diese in Ost-Berlin aufhielten. Heidenreich hat offenbar keine Erkenntnisse dazu. Er erwähnt aber den Funker Hans-Joachim Koch (geb. 1914) und berichtet, dass dieser 1955 in Dresden hingerichtet wurde (S. 257). Der frühere SS-Mann hatte in seinem Haus in Niederschönhausen im Kohlenkeller ein Funkgerät versteckt, das er am 17. Juni 1953 auch benutzte, um Kontakt mit seinen Auftraggebern herzustellen.¹ Darüber allerdings ist leider kein Wort bei Heidenreich zu finden. Heidenreich schreibt, dass die Verhaftung und Aburteilung tausender Menschen in der DDR unter dem stereotypen Vorwurf der Spionage durch die DDR-Justiz im Westen als schlagender Beleg für den Unrechtscharakter des SED-Staates galten. In vielen Fällen entbehrten diese Anschuldigungen keineswegs einer Grundlage (S. 642). Es gab den Zusammenhang zwischen intensiver westlicher Spionagetätigkeit und den Repressionswellen in der DDR. Die DDR war von unzähligen westlichen Spionen durchsetzt und nicht alle von ihnen waren so unerfahren und erfolglos, wie die in diesem Buch präsentierten V-Leute des BND. Nehmen wir das Beispiel des 1917 geborenen Gerhard Penzel (S. 63), der bis zu seinem Lebensende behauptete, seine Bestrafung sei aufgrund falscher Anschuldigungen erfolgt.

Laut Heidenreich fischte Penzel vor seiner Verhaftung die Haushälterin eines sowjetischen Generals ab (S. 64 f). Auf einer Webseite von „Memorial Deutschland“ heißt es dagegen, die Verurteilung von Penzel sei aufgrund „angeblicher Spionage“ erfolgt. Penzel selbst erklärt dort, man habe ihn – wie er selbst sagt – „for nothing“ inhaftiert (<http://www.von-potsdam-nach-workuta.de/penzel.php>). Heidenreich korrigiert dieses Bild: Nach seiner Einschätzung war Penzels privates Netzwerk in der Lage, die sowjetischen Truppen in Sachsen und Thüringen zu beobachten. Penzel habe für die OrG „erfolgreiche Aufklärung in der SBZ“ betrieben (S. 65). Ein besonderes Anliegen der OrG und der CIA gleichermaßen bestand darin, Informationen aus der Volkspolizei zu gewinnen. Das besondere Augenmerk des Westens lag auf der Kasernierten Volkspolizei (KVP). Schließlich präsentierte der Verbindungsoffizier der CIA, James H. Critchfield (1917–2003), der OrG im Sommer 1951 eine Spitzenquelle im ostdeutschen Innenministerium. Diese von Heidenreich unter deren Decknamen „Karpfen“ vorgestellte Person setzte sich aber bereits kurze Zeit später zum Leidwesen der westlichen Dienste in den Westen ab. Warum sich die Person absetzte, schreibt Heidenreich nicht. Allerdings gibt er den Hinweis, dass „Karpfen“ ein Berufssoldat war und nach Kriegsende in britische Kriegsgefangenschaft geriet (S. 159). Heidenreich erwähnt nicht, dass es im August 1951 in der DDR einen „Chefbefehl“ gab, der zum Inhalt hatte, dass alle KVP-

1 Vgl.: BStU MfS AU 162/55.

Offiziere, die nach Kriegsende in britischer Gefangenschaft waren, mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst entlassen wurden. Die Briten hatten in ihren Gefangenenlagern nicht nur Re-Education betrieben, sondern auch – was weit weniger bekannt ist – gezielt junge Männer für deren Anwerbung in den Secret Service vorbereitet.

Wussten die Russen davon? Oder, was wahrscheinlicher ist, hatten sie von der Existenz des „Karpfen“ in der KVP erfahren – ohne jedoch dessen Namen zu kennen – und aus Sicherheitsgründen sozusagen den Stecker gezogen? Es war der Sowjetischen Abwehr zu dieser Zeit gelungen, mehrere hochkarätige Doppelagenten im Apparat der OrG zu platzieren. Heidenreich erwähnt nur zwei dieser Männer: den in der Bundesrepublik verurteilten Heinz Felfe und den weniger bekannten, rechtzeitig in die DDR abgetauchten Wolfgang Höher (1914–1959). Dieser habe sich „dank seiner Polizeikontakte“ als wichtiger Vertreter des „Gehlen-Dienstes“ in West-Berlin „gebärdet“ (S. 252). Zieht man Quellen des MfS heran, stellt sich das Bild etwas weniger prosaisch dar. Höher amtierte demnach als Verbindungsoffizier der OrG zur West-Berliner Polizei. Sowohl der unbekannte Chefbefehl als auch zusätzliche Informationen zu Fällen wie Wolfgang Höher oder auch Hans-Joachim Koch belegen, dass Informationen über westliche Geheimdienstaktivitäten stets der Gegenprobe durch Erkenntnisse aus östlichen Geheimdienstakten bedürfen. Umso erstaunlicher, dass der Autor in seinem Buch nur sehr wenige Aktensignaturen aus der BStU angibt (S. 663) – und darunter nicht einen einzigen Untersuchungsvorgang (Signatur: AU), obwohl er beispielsweise den in den Osten entführten OrG-Mitarbeiter Wilhelm van Ackern oder Johann Baumgart benennt, deren AU zweifellos in dieses Verzeichnis gehört hätte. Ganz zu schweigen von Hans Möhring. Überhaupt wirkt das Quellen- und Literaturverzeichnis von Heidenreich recht nachlässig angelegt. Nehmen wir ein anderes Beispiel: Zwar wird die Sichtung des ungeordneten, größtenteils vom SPD-Partei Vorstand gesperrten Nachlasses des Geheimdienstfachmanns Fritz Heine im Archiv der Sozialen Demokratie (AdSD) in Bonn erwähnt (S. 665), dessen umfangreiche Biographie (immerhin eine Habilitation) aber in der „Forschungsliteratur“ (S. 668 ff.) unterschlagen.

Einerseits räumt Heidenreich auf Nachfrage ein, auch sehr umfangreiche MfS-Akten zu einem in seinem Buch nicht erwähnten, vor dem Obersten Gericht der DDR angeklagten BND-Agenten gesichtet (lassen) zu haben. Dessen Fall habe er aber nach einer Gegenprobe durch Akten des BND als zu unbedeutend aus seinem Manuskript gestrichen. Das ist gleich in mehrfacher Hinsicht interessant, waren doch sowohl der BND als auch die CIA 1959/60 an dem Versuch beteiligt, eine Palastrevolution gegen den ostdeutschen Staats- und Parteichef Walter Ulbricht anzuzetteln. Ein solcher Fall des – damals notorisch erfolglosen! – BND ist zu unbedeutend, um ihn in einer 700-seitigen Abhandlung auch nur zu erwähnen? Umso erstaunlicher, dass die von Heidenreich präsentierte Pülacher „Operation Tannenbaum“ (S. 560–562) genau auf die eben erwähnten Ereignisse Bezug nimmt, sie allerdings anders darstellt, als man sie im Kontext umfangreicher MfS-Akten interpretieren würde. Laut Heidenreich wurde sogar Bundeskanzler Konrad Adenauer über die Zielsetzung der „Operation Tannenbaum“ unterrichtet. Und Heidenreich räumt auch die Beteiligung der CIA ein. Beide Dienste versuchten zeitgleich über den gleichen Kreis einflussreicher, aber gegen Ulbricht opponierender SED-Genossen den greisen Staats- und Parteichef loszuwerden.

Laut Heidenreich ging es beim „Tannenbaum“ indirekt um eine Rückkehr der beiden geschassten früheren SED-Granden Karl Schirdewan und Ernst Wollweber in die Führungsetage des Arbeiter- und Bauernstaates. Die Operation sei aber eingestellt worden, weil sich herausgestellt habe, dass Schirdewan und Wollweber „praktisch rehabilitiert“ (S. 561) gewesen seien. Das aber ist schlicht falsch. Beide Männer waren kaltgestellt

und blieben es auch zeitlebens. Merkwürdig ist auch, warum Heidenreich zweihundert Seiten zuvor mit Günther Seigewasser (geb. 1934) eine Randfigur der „Operation Tannenbaum“ herausfischt, der im Herbst 1960 aus Furcht vor einer Verhaftung nach West-Berlin floh und eiligst über das Ostbüro der SPD ins Bundesgebiet geschafft wurde. Statt den Sohn des Vizepräsidenten des Nationalrats der Nationalen Front korrekt im „Tannenbaum“-Kontext einzubinden, hebt Heidenreich nur darauf ab, dass Seigewasser angeblich mitgeteilt wurde, dass er sich in der Obhut des BND befinde (S. 388). Hätte Heidenreich den Untersuchungsvorgang des Anfang 1961 in die DDR zurückgekehrten Seigewasser gelesen, wüsste er, dass es darin auch nicht den kleinsten Hinweis auf diese im BND-Archiv behauptete Darstellung gibt.

Es sind diese Ungereimtheiten, die einen mit der Materie vertrauten Leser mitunter die Stirn runzeln lassen. Doch das Buch von Heidenreich ist trotzdem eine Pflichtlektüre. Woher erführe man sonst, dass Lucian K. Truscott (1895–1965) als CIA-Chef in Deutschland amtierte (S. 176)? Der General, den man bislang nur als Kriegsheld kannte, scheint Mitte bis Ende der 1950er Jahre im US-Hauptquartier in Frankfurt am Main amtiert zu haben. Und so offen wie Heidenreich hat bisher auch noch niemand davon geschrieben, dass das frühere Berliner Ostbüro der SPD in den 1960er Jahren als „Büro für gesamtdeutsche Fragen“ firmierte und bereits 1968 erstmals beim BND anklopfte (S. 390). Deren Leiterin, Charlotte (von) Heyden (geb. 1902), eine geflohene LDPD-Funktionärin und ihre Mitarbeiterin „Frau Spengler“ (d. i. Käthe Fraedrich, 1916–2010) organisierten im Frühjahr 1971 die Ausschleusung des früheren Top-Agenten der CIA Gerhard Raue nach West-Berlin², dem das MfS die legale Ausreise verweigerte. Allerdings firmierte sie gegenüber Raue noch immer als „Ostbüro der SPD“, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt bereits für den BND tätig war. Womit sich durch die Publikation von Heidenreich Berichte des MfS bestätigen, die das Berliner Ostbüro Anfang der 1970er Jahre als Filiale des BND bezeichnen, die den alten Namen nur aus operativen Gründen beibehielt. Gleichzeitig löst sich das Rätsel auf, wieso Frau Heyden Dr. Raue nach seinem Eintreffen in West-Berlin empfahl, den Amerikanern „nicht zu viel zu erzählen“. Oder woher wüsste man sonst, dass der frühere NS-Karrierediplomat Otto Bräutigam, der schwer in den Holocaust verwickelt war, bis 1953 als Leiter des Auswertereferats der OrG (DN Bernuth) amtierte (S. 133, S. 533), bevor er ins Auswärtige Amt zurückkehrte? Das wusste offenbar zur Abwechslung nicht mal der KGB, sonst hätte man sich dessen in einer 1956 vom Ost-Berliner Ausschuss für Deutsche Einheit unter unsichtbarer Federführung des ZK der SED veröffentlichten Broschüre mit dessen Kriegstagebuch („Geständnisse eines Bräutigam“) gewiss bedient.

Bemerkenswert ist, dass sich Heidenreich wagt, den Wahrheitsgehalt der Memoiren von Reinhard Gehlen anzusprechen (S. 422 f., S. 428). Mangels Überprüfungsmöglichkeiten galten die Erinnerungen des Geheimdienst-Generals bisher als eine Art heilige Schrift. Darin behauptet Gehlen, sein Dienst sei der Staatssicherheit überlegen gewesen. Und er reklamiert den Fall Elli Barczatis für die OrG. Bisher hieß es, die Chefsekretärin von Otto Grotewohl sei ohne ihr Wissen von einem V-Mann der OrG abgeschöpft worden (S. 453 ff.). Dem gegenüber erklärte der langjährige CIA-Resident und vormalige Agent der Sowjetischen Abwehr Walter Schreck – wie ein Überwachungsbericht des MfS belegt – schon kurz nach der Hinrichtung der Barczatis, sie sei für die Amerikaner tätig gewesen und habe „10.000 Mark“ für ihre Dienste erhalten.³ Dass die Amerikaner mit der Grotewohl-Chefsekretärin befasst waren, geht auch aus dem Umstand hervor, dass die US-Nachrichtenagentur Associated Press im Frühjahr 1955 erstmals detailliert über

2 BStU MfS AU 13434/73.

3 BStU MfS GH 34/73, Bd. 4, S. 208.

die Festnahme berichtete. Woher sie ihre Informationen hatten, lässt sich aus den von Heidenreich gesichteten BND-Unterlagen nicht erkennen (S. 545). Heidenreich stellt in seinem Buch klar, das auch Gehlens Darstellung, der 1958 in den Westen übergelaufene Stellvertretende Stabschef der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV), Siegfried Dombrowski (1916–1977), habe seit 1956 für den BND gearbeitet, ins Reich der Legenden gehört (S. 428). In Wahrheit war Dombrowski seit 1957 für die Berlin Operation Base der CIA tätig.

Jahrelang hielt man in Pullach große Stücke von der 1953 erfolgten Anwerbung des Ost-Berliner Schriftstellers Günter Hofé, der ein paar Jahre lang frühzeitig Informationen über geplante Propagandakampagnen der SED-Führung gegen Regierungsmitglieder und andere wichtige Personen der Bonner Republik lieferte und darüber hinaus über eine „Unterquelle“ im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) verfügte. Heidenreich berichtet detailliert davon, wie man in Pullach nach und nach an der Zuverlässigkeit des vermeintlichen Top-Agenten zweifelte und schließlich selbst Gehlen zu der Überzeugung gelangte, einem feindlichen Doppelagenten auf den Leim gegangen zu sein (S. 511 ff.). Als Doppelagent stellt sich im Rückblick auch der in Pullach anfangs hoch geschätzte Schriftsteller Willi Leisner (1899–1965) heraus, der nach einer Festnahme durch das MfS über den RIAS zur OrG fand. Die Staatssicherheit hatte ihn während der Untersuchungshaft angeworben (S. 521), eine Methode, die durch die ostdeutsche Spionageabwehr jahrzehntelang mit häufig gutem Erfolg angewandt wurde, um westliche Dienste ins Visier zu nehmen. Nachdem Leisner im Dezember 1964 überraschend in West-Berlin auftauchte und tagelang vernommen wurde, gestand er, von einem sowjetischen Führungsoffizier namens „Isaakow“ eingesetzt worden zu sein, um gezielt Informationen an den BND heranzuspielen (S. 531). Er habe, wie Leisner erklärte, keine andere Möglichkeit gehabt, als sich auf dieses Spiel einzulassen. Heidenreich berichtet, dass man Leisner trotz Haft- und Vernehmungsunfähigkeit wegen gesundheitlicher Probleme in der Krankenstation der BND-Zentrale in Pullach festhielt, wo Leisner am Morgen des 10. August 1965 leblos auf dem Boden liegend aufgefunden wurde. Sechs Tage später wurde er auf dem Münchner Waldfriedhof begraben, als Todesursache wurde ein Herzinfarkt angegeben.

Den Verdacht, dass westdeutsche Printmedien im Krieg der Dienste mitgewirkt haben, konnte man bei intensiver Beschäftigung mit dieser Materie schon länger hegen. Nun aber legt Heidenreich mit seiner Publikation noch einmal nach. Er berichtet von einem V-Mann der OrG mit dem Decknamen „Brutus“, der laut westdeutschen Medienberichten im engsten Umfeld des damaligen Ost-Berliner Ministers für Staatssicherheit, Wollweber, platziert wurde, den es aber in Wahrheit überhaupt nicht gab. Neben zahlreichen Tageszeitungen nutzte Pullach für diese Art Erfolgsgeschichten offenbar bis in die 1970er Jahre hinein bevorzugt das Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* (S. 544). Fragen dieser Art wirft auch die *Spiegel*-Veröffentlichung zum Fall des MfS-Überläufers Max Heim auf. Ins Reich der Legenden gehört laut Heidenreich außerdem die vom *Spiegel*-Geheimdienstspezialisten Heinz Höhne und seinem *Spiegel*-Kollegen Hermann Zolling verbreitete – und seither in der Literatur replizierte – Geschichte, dass der LDPD-Politiker Hermann Kastner vor seiner Flucht in die Bundesrepublik ein langjähriger Agent der OrG gewesen sein soll (S. 548 f.).

Dass der BND nach dem Mauerbau auch mit Fluchthilfe zu tun hatte, überrascht diejenigen nicht, die sich mit der Geschichte der verschiedenen Fluchtwege über den Eisernen Vorhang beschäftigt haben. Große Erfolge konnten auch hier nicht verbucht werden (S. 613 ff.). Angesichts des Umstands, dass man bereits mit der Erkundung der DDR überfordert war, darf bezweifelt werden, ob Pullach zu diesem frühen Zeitpunkt bereits

Aktivitäten in den sozialistischen Bruderländern entwickelte, die als weniger gefährliche Fluchtwege in den 1960er und 1970er Jahren an Bedeutung gewannen. Der bereits Ende 1961 an der bulgarischen Schwarzmeerküste wegen Beihilfe zur „Republikflucht“ verhaftete Bundesbürger Wolfgang Jahn (geb. 1910) stand nicht in Diensten des BND, sondern war von der CIA angeheuert worden. Der Fall weist gewisse Ähnlichkeiten zum Fall Willi Leisner auf. Jahn wurde in Sofia wegen Spionage zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt, wurde dann widerrechtlich zwecks Vernehmungen zum MfS nach Ost-Berlin überstellt, wo er im März 1964 unter ungeklärten Umständen in Haft ums Leben kam. Laut Heidenreich brachten der Mauerbau am 13. August 1961 und die Abriegelung der innerdeutschen Grenze die ohnehin schwache DDR-Aufklärung des BND weitgehend zum Erliegen. So sank die Zahl der V-Männer in der DDR von rund 1 000 im Jahr 1953 wegen der erschwerten Rekrutierungs- und Kommunikationsbedingungen auf weniger als zwanzig im Jahr 1968 (S. 630).

Fazit: Die DDR-Spionage der OrG und des Bundesnachrichtendienstes in der Phase bis Anfang der 1960er Jahre war ein einziges großes Desaster. Zum einen gelang es der Sowjetischen Abwehr in den 1950er Jahren gleich mehrfach, hochkarätige Doppelagenten in der OrG zu platzieren, zum anderen fielen General Gehlen und seine leitenden Mitarbeiter nicht weniger häufig und teilweise sogar jahrelang auf Doppelagenten herein, die ihnen von der Sowjetischen Abwehr präsentiert worden waren. Heidenreich spricht von einem Unvermögen, östlich der Elbe aussagekräftige Quellen zu gewinnen (S. 633). Pullach wurde vom Ausbruch des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 überrascht und, man lese und staune, hatte nach gezielten Fehlinformationen des Willi Leisner (S. 573) und des als „Spitzenquelle“ eingestuften Günter Hofé noch im Juli/August 1961 keine Ahnung vom bevorstehenden Mauerbau. Stattdessen setzte man beim BND in jenen Sommertagen auf die angebliche Verständigungsabsicht Nikita Chruschtschows mit dem Westen, nachdem die Würfel längst gefallen waren. Es war das Ergebnis einer Manipulation durch die sowjetische Abwehr und ein „eklatantes Versagen“ – wie die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* schon damals unter Berufung auf hohe Regierungsbeamte (S. 598) monierte. Und es bestätigte die Geringschätzung, mit der zu dieser Zeit in Westdeutschland operativ tätige Officer der CIA und des Secret Service schon seit Jahren von Gehlen und seiner Truppe größtmöglichen Abstand gehalten hatten. Der Qualitätsunterschied lag – auf heutige Zeiten und die Vorstellungswelt junger Leute übertragen – im Abstand zwischen einer in die Jahre gekommenen Alt-Herren-Mannschaft im Amateur-Fußball und den Spitzenteams der Champions League. Das 1961 vom SED-Regime errichtete Grenzregime war brutal und unmenschlich. Es hat unzählige Menschenleben gekostet. Doch die Errichtung des Eisernen Vorhangs erschwerte westlichen Diensten fortan die Spionage in der DDR ganz erheblich (S. 644). Es war sozusagen ein „Schutzwall gegen die westlichen Dienste“. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Außenpolitik 1989

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1989, 2 Teilbände, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Hauptherausgeber Andreas Wirsching, De Gruyter Oldenbourg: Berlin/Boston 2020, 1 975 S., 149,95 €.

Peter März

1. Kontext

Das Erscheinen der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland hält sich, was den Zeitpunkt anbelangt, mit der klassischen archivarisches Frist von 30 Jahren sozusagen im Rahmen des an sich zeitlich zulässigen *al dente*, frisch und bissig. Hätten wir es mit einem Durchschnittsband zu einem Durchschnittsjahr zu tun, dann könnte die Ausgabe für das Jahr 1989 zum Erscheinungstermin Anfang 2020 somit einen hohen, genuinen Erschließungswert aufweisen. Aber jedermann weiß, dass es sich eben mit 1989 (und unmittelbar und zwingend anschließend 1990) *a priori* vollkommen anders verhält. Das betrifft nicht nur den Zäsurwert der Zeit vom Spätsommer 1989 bis zum Herbst 1990 für die deutsche und europäische Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg schlechthin. Das betrifft, daraus abgeleitet, dann ebenso auch die Publikationslage, was schon vorgelegte Dokumentenbände, aber auch Memoiren und eine Fülle an Darstellungen anbelangt. Denn die hier zu besprechenden beiden Teilbände sind somit alles andere als ein Solitär oder gar eine Art Schlüssel, der einen Tresor öffnet, welcher bislang verschlossen war. Das geschichtspolitische Interesse, möglichst zeitnah, möglichst zu Lebzeiten, ja noch zu Zeiten der Amtstätigkeiten der relevanten Akteure den Quellenmarkt zu besetzen, hat hier in der Summe eine ganz spezifische Situation geschaffen – und im Ergebnis dazu geführt, dass die Akten zur Auswärtigen Politik 1989 auf einen schon gut gefüllten Markt treffen und sehen müssen, ob und wie sie sich auf ihm zu behaupten vermögen. Blicken wir zunächst auf schon vorhandene, allgemein zugängliche Editionen: Der Hauptherausgeber und Direktor des Instituts für Zeitgeschichte Andreas Wirsching spricht diese Sondersituation in seinem Vorwort selbst an: „Der Jahresband 1989 der ‚Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland‘ stand daher vor der Aufgabe, aus den überaus umfangreich vorhandenen Akten des Auswärtigen Amtes eine Auswahl zu treffen, die die zentralen Aspekte der Politik des Jahres angemessen abbildet, ohne die Benutzer durch den Abdruck bereits bekannter Dokumente zu langweilen.“ (S. VIII) Wie es sich damit tatsächlich verhält, wo was an anderer Stelle aufscheint und ob das befriedigend gelöst erscheint, wird noch zu betrachten sein.

Ganz am Anfang zunächst nur die Feststellung, dass die verschiedenen schon vorhandenen Editionen zu 1989/90 natürlich nicht zum Nennwert eines chemisch puristischen Reinstraumes zu nehmen sind. An erster Stelle steht das nach wie vor beeindruckende *Corpus Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*¹. Ähnlich wie das vierbändige Werk der seinerzeitigen Arbeitsgruppe um Werner Weidenfeld, von dem selbst der Schlüsselband zu den außenpolitischen Aspekten 1989/90 stammt², ist dieser Dokumentenband nicht nur auf Optik und Perspektive des

1 Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes. Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, wissenschaftliche Leitung: Klaus Hildebrand, Hans-Peter Schwarz u.a., bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.

2 Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 4, Stuttgart 1998.

Kanzleramtes, namentlich von Helmut Kohl und seinem hier wichtigsten Mitarbeiter Horst Teltschik, hin fokussiert. Es ging ersichtlich darum, noch zu Zeiten, zu denen Kohls Mannschaft auf der Kommandohöhe stand, geschichtspolitische Pflöcke aus der Perspektive dieses Ensembles einzuschlagen. Dass Dokumente wie Darstellungen ausgerechnet im Jahr 1998 erschienen, als – noch in Bonn – Schwarz-Gelb durch Rot-Grün unter Gerhard Schröder abgelöst wurde, hat seinen eigenen Charme; fast könnte man meinen, man hätte damals im Kanzleramt und den ihm nahestehenden Organisationen die zeitliche Limitiertheit der eigenen Möglichkeiten antizipieren können und so auf die Tube gedrückt, dass alles 1998 am Markt sein konnte.

Nicht nur hinter den Kulissen ist es kein Geheimnis, dass das Institut für Zeitgeschichte unter der heutigen Führung von Professor Wirsching, anders als unter dessen Vorgänger Horst Möller, dem Altkanzler Kohl, seiner Equipe und seiner politisch-kulturellen Präsenz, höflich formuliert, distanziert gegenübersteht – im Gegensatz zu seinem langjährigen FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Diesen Hintergrund muss man in mehrfacher Hinsicht kennen. Wirsching hat schon in seinem Schlussband zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 2006³ die einschlägigen, teilweise reichlich mokant anmutenden Vorbehalte denkbar deutlich erkennen lassen: „Im Ergebnis trug das ‚System Kohl‘ einen Januskopf: Einerseits wucherte mit Kohls Netzwerk innerhalb der Partei und des Kanzleramtes ein extrakonstitutionelles Gestrüpp, welches das Regieren undurchsichtig und allzu sehr auf die Person des Bundeskanzlers fixiert erscheinen ließ.“⁴ Prekärer an einer Einschätzung wie dieser für sich genommen mutet an, dass Kohl hier als eine Art Solitär für etwas gekennzeichnet wird, was andere Kanzler (und Kanzlerinnen) mehr oder weniger analog praktizierten bzw. praktizieren und was somit vermutlich in hohem Maße konstitutiv für das Agieren auf der obersten Kommandohöhe ist: Konrad Adenauer hatte bekanntlich seine Leute, beginnend mit Hans Globke und Felix von Eckardt, Willy Brandt kam nicht ohne Egon Bahr und später auch Klaus Harprecht aus, sein Vorgänger Kurt Georg Kiesinger war auf Vertraute wie Günter Diehl angewiesen und litt darunter, dass seine landsmannschaftlichen Begleiter aus Stuttgart wenig Lust verspürten, mit ihm 1966/67 nach Bonn umzuziehen.⁵ Bei Helmut Kohls Nachfolger Gerhard Schröder war ein so dichtgewobenes Netz an Treue und Verlässlichkeit, dessen Exponenten er nicht wie Kohl aus Mainz, sondern in seinem Fall aus Hannover mitbrachte, möglicherweise noch wichtiger als beim Kanzler der Wiedervereinigung: Ohne seinen Macher im Bundeskanzleramt Frank-Walter Steinmeier und seine Bürochefin Sigrid Krampitz wäre Schröder in Berlin vermutlich völlig aufgeschmissen gewesen. Bindet man nun eine solche am Kontinuum gewonnene Beobachtung zurück auf das Institut für Zeitgeschichte und dessen Direktor, so drängt sich doch der Eindruck auf, dass aus der Sicht dieser Forschungseinrichtung Akteure der jüngsten deutschen Geschichte durchaus cum ira et studio gewertet werden. Als wesentlich vor diesem Hintergrund muss eben auch gesehen werden, dass das Institut schon lange vor seinem nunmehr erschienenen offiziellen Dokumentenband zur deutschen Außenpolitik mit weiteren eigenen Editionen auf den Markt kam, die ersichtlich dazu geeignet waren, die Dokumente aus der Kohl-Perspektive durch Dokumente primär aus der Genscher-

3 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006.

4 Wirsching, Abschied, S. 186.

5 Vgl. Manfred Rommel: Trotz allem heiter. Erinnerungen, Stuttgart 1998, S. 157 ff. Hier beschreibt der spätere Stuttgarter Oberbürgermeister und damalige Ministerialbeamte in Stuttgart, wie wichtig es für den bisherigen Regierungschef in Stuttgart und nunmehrigen Kanzler in Bonn gewesen wäre, Vertraute aus Schwaben für den Einsatz am Rhein zu gewinnen.

Perspektive zu kontern.⁶ Von wenigstens vier deutschen Editionen zu 1989/90 kann somit heute gesprochen werden, wenn auch mit der Einschränkung, dass der Folgeband 1990 der Akten zur Auswärtigen Politik naturgemäß noch aussteht, aber hoffentlich sehr bald zu Anfang 2021 zur Verfügung stehen wird. Erst dann werden hier die frühen Abstimmungsprozesse des Zwei-plus-Vier-Vertrages, auch die diversen Konflikte zwischen Kohl und Genscher, hoffentlich zumindest zwischen den Zeilen (s. u.), und schließlich die Finalisierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages ihren Niederschlag finden. Hinzu kommen Editionen zur Herbeiführung der Deutschen Einheit aus mehr oder weniger naher bzw. ferner ausländischer Provenienz, von denen hier nur zwei aufgeführt seien: Die österreichischen bzw. österreichisch-deutschen Historiker Michael Gehler, einer der besten Kenner der österreichischen wie deutschen Nachkriegsgeschichte, und Maximilian Graf legten 2018 eine Sammlung von Dokumenten aus dem Umfeld des österreichischen Außenministeriums zur Beobachtung und Begleitung des deutschen Wiedervereinigungsprozesses vor.⁷ Dazu muss man wissen, dass Maximilian Graf zwei Jahre vor diesem Dokumentenband seine einschlägige Dissertation als heute maßgebliche Monographie für die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR veröffentlicht hatte.⁸

Hier wird jenes merkwürdige Dreiecksverhältnis herausgearbeitet, das sich über die Jahrzehnte zwischen Bonn, Ost-Berlin und Wien etabliert hatte: Österreich als eigenständiger Faktor 1945 bzw. 1955 (Staatsvertrag) rekonstruiert und, was seine verantwortlichen Eliten anbelangt, um jeden Preis darum bemüht, nicht (mehr) als irgendwie deutscher Staat lokalisiert werden zu können, war im Kalten Krieg zugleich doch nolens volens eine balancierende deutschsprachige Größe, ökonomisch primär im Abhängigkeitsverhältnis von der Bundesrepublik Deutschland. Und zugleich war es darum bemüht, zumal im Bereich der Schwerindustrie, seit der Ära Bruno Kreisky ein Beziehungsmuster gegen die faktische westdeutsche ökonomische Hegemonie in Mitteleuropa zu errichten. Vor diesem Hintergrund ist auch das bis heute praktizierte, vielleicht auch als krampfhaft zu bezeichnende österreichische Bemühen zu sehen, sich auch über den Kernbereich des Politischen gegenüber deutscher Staatlichkeit hinaus auch gegenüber deutscher Identität prinzipiell abzugrenzen. Dazu im Dokumentenband von Gehler und Graf der „Abschlussbericht“ des österreichischen Botschafters im eben wiedervereinigten Deutschland Herbert Grubmayr: „Ich habe in vielen Vorträgen, Diskussionen und privaten Gesprächen immer wieder darauf hinweisen müssen, dass wir nicht nur politisch und wirtschaftlich ein selbstständiger Staat sind, sondern eben auch auf dem hier als fließend, allzu fließend betrachteten Gebiet der künstlerischen und geistigen Manifestation eine eigenständige österreichische Entwicklung existiert, die man nicht dem deutschen Regionalismus zurechnen kann ...“⁹ Michael Gehler schließlich hat die Summe seiner Forschungen und Erkenntnisse zur Doppelgeschichte deutsche wie österreichische Frage in der Nachkriegszeit 2015 in einem fast 1 400 Seiten umfassenden monumentalen Werk vorgelegt: *Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit*

6 Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier Prozess, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, München-Berlin, Göttingen 2015, siehe ferner auch Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, hrsg. Von Andreas Hilger, München 2011.

7 Michael Gehler, Maximilian Graf (Hrsg.): Österreich und die deutsche Frage 1987-1990. Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit, Göttingen 2018.

8 Maximilian Graf: Österreich und die DDR 1949-1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung, Wien 2015.

9 Abschlussbericht von Botschafter Grubmayr, In: Österreich und die Deutsche Frage, Dok. Nr. 108, Seite 714-722, hier S. 721.

Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955.¹⁰ Dieses opulente Werk ist hier deshalb von Interesse, weil es im Ergebnis eben nicht nur um die Geschichte aus den fünfziger und sechziger Jahren geht, sondern weil Gehler der Annahme huldigt, dass deutschlandpolitisch Helmut Kohl alles andere als der tatsächliche Enkel Konrad Adenauers war, sondern förmlich sein Gegenspieler: „Die Einheit Deutschlands war jedenfalls nur mit allen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs zu erreichen. [...] Während Adenauers Westintegrationspolitik eine Absage an ein geeintes Europa war, stieß Kohl mit seiner aktiven deutschen Einheitspolitik auch das Tor für die Vereinigung Europas auf, das wie Deutschland auch jahrzehntelang geteilt geblieben war.“¹¹ Und hier, das gibt dem Ganzen gewissermaßen den Charme, positioniert sich Gehler ausdrücklich gegen den klassischen Adenauer-Biografen Hans-Peter Schwarz, der, 2017 verstorben, von 1989 bis 2005 zentraler Akteur bei der Herausgabe der Dokumente zur deutschen Außenpolitik gewesen war.

Ganz im Gegensatz zu Gehler und allen weiteren zeitgeschichtlichen Anhängern der These von ausgeschlagenen Chancen zu einer nationalstaatlichen Wiedervereinigung in den fünfziger und sechziger Jahren (Stalin-Note 1952 usw.) kam Schwarz mit Genugtuung am Ende des zweiten Teilbandes seiner Adenauer-Biografie 1991 zu dem Ergebnis, im Resultat habe der Alte aus Rhöndorf eben recht behalten: „Ich habe seinerzeit (bei Vorlage des ersten Teilbandes der Adenauer-Biografie 1986, P.M.) in Aussicht gestellt, ‚ein endgültiges Fazit über Adenauers Wiedervereinigungspolitik‘ am Ende des zweiten Bandes vorzulegen. Die Geschichte hat mir diese Arbeit abgenommen. Das Buch ist im Jahre 1990 geschrieben worden, das die Befreiung der Deutschen in der DDR und gleichzeitig die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands als Teil der westlichen Gemeinschaften gebracht hat. Dies wurde möglich in einer Konstellation westlicher Einigkeit und Stärke, doch auch sowjetischer Schwäche und vernünftiger Neubewertung der eigenen Interessen im Zeichen der Ost-West-Entspannung. Genau dies war nach dem Zeugnis zahlreicher Quellen, die hier vielfach erstmals ausgewertet werden konnten, Adenauers langfristiges Kalkül seit 1952.“¹² War nun Kohl, der ja von Schwarz selbst dann auch biografiert wurde, dabei mit deutlich kritischen Untertönen in Bezug auf die Integrations- und Europapolitik, deutschlandpolitisch im Ergebnis eben doch der Enkel Adenauers und nicht ein ihm gegenüber abspenstig gewordener Revoluzzer? Noch im durchaus noblen Erinnerungsbeitrag Michaels Gehlers für den (außenpolitischen) Gedenkband an Hans-Peter Schwarz aus dem Jahr 2019 findet dieser Gegensatz seinen pointierten Niederschlag.¹³ Wie auch immer, hier ist eine klassische deutschland- und außenpolitische Kontroverse bezeichnet, bei der Schwarz selbst eben zentraler Beteiligter gewesen war, in der weiteren Betrachtung nicht nur als Zeithistoriker für die Ära Adenauer wie dann auch für die Zeit Helmut Kohls.¹⁴ Darüber hinaus agierte er als

10 Michael Gehler: *Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945-1955*, Innsbruck, Wien, Bozen 2015.

11 Gehler, *Modellfall*, S.1241.

12 Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 991.

13 Michael Gehler: *Was trieb und treibt Deutschland und die (west-) europäische Integration zum Friedensprojekt EU?*, In: Dominik Geppert, Hans Jörg Hennicke (Hrsg.): *Interessen, Werte, Verantwortung. Deutsche Außenpolitik zwischen Nationalstaat, Europa und dem Westen. Zur Erinnerung an Hans-Peter Schwarz*, Paderborn 2019, S. 77-101. Gehler macht hier noch einmal den Gegensatz zwischen „seiner“ Partei mit Rolf Steininger, Josef Foschepoth und anderen auf der einen und Schwarz auf der anderen Seite klar; Schwarz hatte diese historiographische Parteilung in der ihm eigenen kräftigen Sprache als deutschnationale Staatsanwälte bezeichnet, die Adenauer wegen des Ausschlagens angeblühter Wiedervereinigungschancen den Prozess machen wollten.

14 Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biografie*, München 2012.

Autor einer Unzahl von pointierten außenpolitischen Essays und als langjähriger zentraler Akteur der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik wie in vielerlei weiteren Funktionen zu diesem Sujet. Sprichwörtlich wurde sein Begriff von Deutschland als „Zentralmacht Europas“ in den neunziger Jahren. Vor allem aber: Schwarz, außenpolitisch sachkundig, „realistisch“ orientiert im Sinne des klassischen Bildes von Nationalstaaten mit ihren je eigenen Interessen, von Hegemonien und von Gleichgewicht, von Allianzstrukturen und durchaus skeptischen Menschenbildern, Schwarz war eben lange wesentlicher Akteur bei der Herausgabe der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Heute ist dies im ganzen Gegensatz mit IfZ-Direktor Andreas Wirsching ersichtlich ein Wissenschaftler, dessen genuin eigene Meriten auf anderen Feldern liegen, in der Milieu- und Kulturgeschichte, auf diversen Gebieten der Innenpolitik. Ganz einfach: Diese Rolle als Hauptherausgeber ist heute somit primär funktional, nicht nach unmittelbarer, themenbezogener Kompetenz besetzt. Einmal mehr zeigt sich, dass die großen historischen Institute als Agenturen, wenn nicht Holdings in Erscheinung treten, die primär Themen und Geldquellen akquirieren und damit für potentielle Wettbewerber blockieren wollen.¹⁵ Die heute so dominant, vielfach für jegliches kreatives Tun lästig, ja belastend gewordenen Fragen nach Ausschreibungen für Aufträge seien hier einmal ganz ausgeklammert. Gleichwohl: Der Eindruck ist sicher nicht von der Hand zu weisen, dass Geschichtsholdings zunehmend wie Trusts wirken, die sich eng mit Administrationen verbinden und für die originelle Expertise von außen wenig oder keinen Raum lassen.

Hier sei vorab und paradigmatisch nur ein eigenartig anmutender Vorgang aufgespießt: Nach dem am 28. November im Deutschen Bundestag durch Helmut Kohl vorgetragenen Zehn-Punkte-Programm musste Außenminister Hans-Dietrich Genscher in London, Paris und Moskau bei Margret Thatcher, François Mitterrand und Michael Gorbatschow gewissermaßen Abbitte tun, geradezu ist man geneigt, von Canossa-Gängen zu sprechen. In einer blitzartigen, hektischen Rundreise besuchte Genscher am 29. November, also schon einen Tag nach Kohls Bundestagserklärung, London, am Folgetag war er bei Präsident Mitterrand in Paris, schließlich am 5. Dezember, unmittelbar nach dem Gipfeltreffen Gorbatschow/Bush auf Malta, bei der sowjetischen Führung in Moskau. Die einschlägige russische Dokumentation enthält ein Wortprotokoll des Gesprächs von Michael Gorbatschow mit Bundesaußenminister Genscher am 5. Dezember 1989.¹⁶ Genscher warf sich in diesem Gespräch wie ein Schildknappe vor Kohl, der wegen der Perspektive einer deutschen Wiedervereinigung, eines föderalen deutschen Gesamtstaates, von Gorbatschow wie seinem Außenminister Schewardnadse auf das heftigste attackiert wurde, Gorbatschow wörtlich: „Die Realität besteht darin, dass beide deutsche Staaten souverän und selbstständig sind, so hat es die Geschichte verfügt.“ Sein Außenminister Schewardnadse: „Heute wendet man diesen Stil auf die DDR an, morgen vielleicht auf Polen und die Tschechoslowakei und dann auf Österreich.“¹⁷ Nichts davon (s. u.) in den Akten zur deutschen Auswärtigen Politik! Zentrale Fragestellung in den weiteren Über-

15 So hat das IfZ, ein völlig anderes Gebiet, die primäre Zuständigkeit für die Aufarbeitung von politischen und administrativen Elitenkontinuitäten in Bayern über 1945 hinweg erhalten, ein Auftrag, der mit hoher finanzieller Akquise verbunden ist, obwohl es dafür parallel auch nicht wenig vorhandene landeshistorische Expertise gegeben hätte.

16 Alexander Galkin, Anatolij Tschernjajew (Hrsg.): Michael Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991, deutsche Ausgabe herausgegeben von Helmut Altrichter u.a., München 2011, Dok. Nr.61, S.254-266., dazu aus der deutschen Forschungsperspektive Rafael Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn u.a. 1997, S. 340 ff.

17 Gorbatschow, Dokumente S. 258 f.

legungen dieses Beitrages soll vor diesem Hintergrund sein, wie sich die Widerspiegelung entscheidender wie schwerwiegender, unangenehmer und „stressiger“ Begegnungen und Kommunikationen in diesen Akten zur deutschen Außenpolitik niederschlägt, die das IfZ verantwortet. Dabei „spießt“ es sich primär ab der zweiten Novemberhälfte 1989.

2. Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm und sein Niederschlag als Paradigma

Natürlich umfassen die außenpolitischen Aktivitäten des Jahres 1989 auch eine Vielzahl von anderen Adressaten und Vorgängen (s. u.) als „nur“ die dramatische Zuspitzung des deutschlandpolitischen Geschehens nach der Sommerphase. Für das sozusagen Vorfeld seien allein die beiden Besuche von Präsident George Bush Ende Mai 1989 und im Folgemonat Michael Gorbatschow in der Bundesrepublik erwähnt. Gleichwohl: Es versteht sich ganz von selbst, dass das deutschlandpolitische Geschehen in der zweiten Jahreshälfte der relevante und vordringliche Bezugsfaktor für jede Art von historischer wie quellenbezogener Würdigung des gesamten Jahresablaufes sein muss. Daher erscheint es sinnvoll, ja angezeigt, hier noch weiter auszuholen und mit größerer Intensität zu verweilen. Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm, am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag vorgetragen, ohne Zeitplan, aber mit der Zielperspektive eines (gesamt-)deutschen Bundesstaates, war Zäsur und Paukenschlag zugleich. Er sollte den Kanzler nach der deutschlandpolitischen Unübersichtlichkeit nach der Maueröffnung vom 9. November, in der die Bedenkensträger nicht nur in London, Paris und Moskau zunehmend tonangebend geworden waren, sondern ebenso in Teilen der Dissidentenszene in der DDR wie bei der Opposition in Bonn, in eine führende, hegemoniale Rolle versetzen. So war beim Sondertreffen der EG-Staats- und Regierungschefs am 18. November in Paris die Aversion gegen einen Zug zur deutschen Einheit mehr als deutlich geworden. Damit korrespondierte auf der innerdeutschen (DDR-)Seite zum einen das Räsonieren großer Teile regimekritischer, aber sozialismuskonformer intellektueller Kreise, den Fortbestand des ostdeutschen Staates gewissermaßen festzuschreiben. An erster Stelle steht hier der auch am 28. November 1989 im internationalen Pressezentrum in Ost-Berlin vorgestellte „Aufruf für unser Land“, repräsentiert mit an erster Stelle von Christa Wolf und Stefan Heym. Für diesen Aufruf gab es eine Menge an westdeutschen Fellows, die eine gesamtdeutsche Entwicklung habituell ablehnten und offenkundig in der Konsequenz gerne bereit gewesen wären, die Fortsetzung eines modifizierten sozialistischen Experimentes auf deutschem Boden aus westdeutschen Steuermitteln zu alimentieren. Auf der anderen Seite formierte sich zu diesem Zeitpunkt der massenwirksame Protest auf den Straßen und Plätzen der DDR zumindest partiell um, von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Die Schilderung von Anstößen und Vorüberlegungen für das Zehn-Punkte-Programm bis zu dessen Wirkungsgeschichte in den folgenden Wochen und Monaten durchzieht nun die gesamte Literatur über die Zäsur von 1989/90. Der Bogen sei hier gespannt von der mittlerweile schon klassischen Darstellung „Sternstunde der Diplomatie“ der beiden amerikanischen Politikwissenschaftler wie Politikberater, in einem Fall dann sogar Außenministerin, Phillip Zelikow und Condoleezza Rice, zur jüngsten eindrucksvollen Geschichte von Kristina Spohr über die „Wendezeit“.¹⁸ Schon bei Zelikow und Rice spielte das Gespräch des sowjetischen ZK-Mitarbeiters Nikolaj Portugalow mit Kohls Chefberater Horst Teltschik am 21. Novem-

18 Philip Zelikow, Condoleezza Rice: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, deutsche Ausgabe Berlin 1997, hier vor allem S. 175 ff., Kristina Spohr: Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989, München 2019, S. 213 ff.

ber 1989 eine zentrale Rolle im Vorfeld. Und schon hier wird klar, dass Teltschik ver-sehentlich, absichtlich oder beides Andeutungen von sowjetischer Seite, man könne sich neben den bisherigen Positionen auch zumindest als abstraktes Denkmodell einen ande-ren Pfad für die Mitte Europas mit Perspektiven für ein Gesamtdeutschland vorstellen, sozusagen intentional überinterpretierte und forciert in die Kommunikation mit Kohl einführte. Kristina Spohr hebt vor allem die ziemlich unheilige Allianz zwischen der neuen SED-Führung in Ost-Berlin und der sozialdemokratischen Opposition in der Bun-desrepublik hervor – diese ganze Richtung, die in der Regierungserklärung des neuen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow vom 17. November 1989 ihren Niederschlag gefunden hatte, sei drauf und dran gewesen, die deutsche Zweistaatlichkeit mit einer irgendwie reformsozialistisch etikettierten DDR fortzuführen und den Bundeskanzler in die Defensive zu bringen: „So kam es, dass Bahr und Lafontaine mit ihrer Position der politischen Opposition in der DDR (und sogar manchen Reformern in der SED) näher standen als der eigenen Regierung in Bonn. Tatsächlich forderten die Schriftsteller und Geistlichen, die die Opposition in Ost-Berlin vertraten, am 26. November ‚Eigenstän-digkeit‘ für die DDR in dem Glauben, sie hätten immer noch die Möglichkeit, ‚in gleich-berechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln.‘ Kohl und Teltschik waren besonders über eine Aussage von Hans Modrow beunruhigt. (...) Modrow sagte (...), er sei zuversichtlich, dass ein entschlossener Wandel in der DDR den ebenso unrealistischen wie gefährlichen Speku-lationen über eine Wiedervereinigung‘ ein Ende setzen werde.“¹⁹

Für die gesamtdeutsche Perspektive war somit lediglich an die vielberufene Vertrags-gemeinschaft bzw. an eine lockere Konföderation mit politisch-ideologischer Eigen-existenz einer aus bundesdeutschen Ressourcen alimentierten DDR gedacht. Für Horst Teltschik kam nahezu zeitgleich mit seinem Portugalow-Gespräch am 21. November hinzu, dass er von den beiden anstehenden Visiten François Mitterrands erfuhr, noch vor Weihnachten des Jahres in die DDR und schon an „Nikolaus“, am 6. Dezember, in Kiew bei Michael Gorbatschow. Aus dieser Gemengelage entstand dann der Impuls Helmut Kohls, zunächst seinen engsten Mitarbeitern den Auftrag zur Formulierung ei-nes Befreiungsschlages zu geben. Manche weiteren Details sind dann in den zeitge-schichtlichen deutschen Anekdotenschatz eingegangen (Hannelore Kohls Schreibarbeiten an einer Reiseschreibmaschine übers Wochenende in Oggersheim) bzw. begründen eine reichlich müßig anmutende Professoren-Kontroverse: In Hans-Peter Schwarz‘ Bi-ografie Helmut Kohls kommt neben Teltschik ein weiterer, initiierender Akteur ins Bild, der eigentlich über den Bundeskanzler frustrierte, zuvor nur kurz im Amt des Bundes-verteidigungsministers gehaltene Staats- und Völkerrechtler Rupert Scholz. Schwarz zufolge hat Scholz Kohl am 21. November angerufen („Herr Bundeskanzler, ich würde gern mit Ihnen über Deutschland reden“), sofort einen Termin erhalten und dann den Bundeskanzler mit Erfolg dazu gebracht: „Ja, wir machen ein schrittweises Programm. Vielleicht muss man zunächst mit konföderativen Strukturen beginnen ...“.²⁰ Unstrittig ist, dass Scholz am folgenden Wochenende, als Kohl selbst nochmals in Oggersheim den Text hin und her wog und persönlich redigierte, telefonisch vor allem daraufhin zu Rate gezogen wurde, was bei dieser ganzen Aktion völkerrechtlich zu beachten war.

Schwarz‘ Widerpart als Kohl-Biograf, der Berliner Historiker Henning Köhler, atta-ckiert nun in seiner Kohl-Biografie die Rupert Scholz-Begebenheit bei Schwarz als zu-mindest teilweise Initiation für das Folgende frontal – das Ganze beruhe allein auf einem

19 Spohr, *Wendezeit* S. 211 f.

20 Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biografie*, München 2012, S. 533.

Zeitzeugengespräch, das Schwarz 2009 geführt habe, und sei, da alle anderen Überlieferungen dagegen stünden, reichlich wertlos: „Ein Quellenzeugnis, das eine so unsichere Überlieferung aufweist, aber die in sich schlüssige Überlieferung wichtiger Zeitzeugen infrage stellt, verdiene keine Glaubwürdigkeit.“²¹ In Helmut Kohls Memoiren selbst taucht allerdings Rupert Scholz in der verdichteten Kommunikation um das Entstehen des Zehn-Punkte-Programms durchaus auf: „Außerdem telefonierte ich ein paar Mal mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Rupert Scholz, einem hervorragenden Professor des Staatsrechts.“²² Auch vor diesem Hintergrund scheint es ziemlich müßig, ob nun beide in den entscheidenden Tagen unmittelbar in einem Zimmer beieinander saßen oder doch „nur“ telefonierten. Und nach aller Lebenserfahrung wird man auch festhalten dürfen: Dass die beamteten Mitarbeiter Helmut Kohls mit Teltschik an der Spitze das Copyright für das Zehn-Punkte-Programm vor allem bei sich verbuchen wollen und den Rat von Außenseitern möglichst ausblenden, erscheint nicht unplausibel.²³ Auch Spitzenbeamte sind gerne dabei, wenn Geschichte gemacht wird. Wie auch immer: Das Zehn-Punkte-Programm wurde in Bonn und Oggersheim ganz bewusst nicht als ein Strategiepapier erarbeitet, das, wie es der Normalfall ist, auf dem quasi offenen Markt mit anderen Ressorts und den Verbündeten abgestimmt, also glattpoliert wird. Kohl wusste, dass er auch damit ein hohes Risiko einging: Er provozierte, nach einer Schrecksekunde, Koalitionspartner wie Opposition in Bonn, und von den vier zentralen Akteuren außerhalb des unmittelbar deutschen Bezugsrahmens provozierte er jedenfalls London, Paris und Moskau – Präsident Bush war als einziger, wenn auch mit technischen Hindernissen, eingeweiht worden. Vermutlich wusste der Kanzler, welche wenn auch befristete außenpolitische Lawine er damit lostrat. Aber in der gegebenen Konstellation, als die Dinge in Deutschland festzufahren schienen (s. o.), war es ihm offenkundig diesen Preis wert.

3. Die Gegenkampagne: Thatcher, Mitterrand, Gorbatschow, der Appendix Vranitzky

Nun stellt sich allerdings die Frage, weshalb Margret Thatcher, François Mitterrand und Michael Gorbatschow in den Wochen nach Helmut Kohls Präsentation seines Zehn-Punkte-Planes im Deutschen Bundestag so heftig und ablehnend reagiert haben sollen (s. u.), wenn tatsächlich zumal die sowjetische Seite bereits vorher auf die Unvermeidlichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands eingestellt gewesen sein soll. Diesen Eindruck vermittelte jedenfalls ein Artikel, der am 16. Februar 2020 in der *Welt am Sonntag* erschien und auf eine Geheimkonferenz mit anderer Zielvorstellung am 24. November, also vier Tage vor dem Zehn-Punkte-Programm, in der sowjetischen Botschaft unter den Linden in Ost-Berlin abhob.²⁴ Knapp einen Monat später, also etwa zum Zeitpunkt des Besuches von Helmut Kohl in Dresden, habe die Bundesregierung über einen BND-Bericht von diesem Vorgang Kenntnis bekommen. Wie auch immer, worum soll es gegangen sein? Angeblich erklärte das alte Schlachttross in den deutsch-sowjetischen

21 Henning Köhler: Die Biografie. Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik, Köln 2014, S. 646.

22 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982-1990, München 2005, S. 991.

23 Schwarz und Köhler führten ja fast über Jahrzehnte eine klassische Professorenfehde: Beide biografierten nicht nur aus sehr gegensätzlichen Perspektiven Helmut Kohl, sondern zuvor auch Konrad Adenauer, Schwarz jeweils weniger „national“, Adenauer als zentrale Figur der Westintegration verstehend, Kohl als den zentralen Akteur der europäischen Integration samt ihren langfristigen Gefährdungen – Stichwort Euro. Bei Köhler steht in jedem Falle das Postulat der nationalstaatlichen Wiedervereinigung als Kriterium mit an erster Stelle. Dieser „Historikerstreit“ fand freilich nie ein so emotional aufgeladenes Publikum wie die anderen Historiker-Konflikte der jüngeren Zeit in Deutschland; denn bei Schwarz wie Kohl handelt es sich ja wesentlich um Zeitgeschichte, die in den quasi Normalzeiten nach 1945 spielt.

24 Dirk Banse, Michael Behrendt: Als Moskau zur Einheit drängte, *Welt am Sonntag*, 16.2.2020, S. 8.

Beziehungen Valentin Falin Egon Krenz und Hans Modrow bei dieser Gelegenheit, „... dass eine Vereinigung beider deutschen Staaten unausweichlich sei und die sowjetische Führung entsprechende politische und wirtschaftliche Schritte in diese Richtung erwarte.“²⁵ Allerdings hatte diese vermeintliche sowjetische Projektion einen gewaltigen Pferdefuß, der hier in seiner Tragweite nicht weiter thematisiert wurde: Das künftige wiedervereinigte Deutschland sollte weder NATO noch Warschauer Pakt angehören, es sollte nach dem Modell der sogenannten Stalin-Note von 1952 blockfrei bzw. neutral sein. Über die frühen fünfziger Jahre, wie immer man auch zur Stalin-Note stehen mag, war die Geschichte allerdings längst hinweggegangen. Wie konnte und durfte die europäische Großmacht Bundesrepublik, die sie nun einmal war, sich um der Vereinigung mit der kleinen Schwester willen auf eine solch abenteuerliche Reise begeben, und wer im Westen hätte, beginnend mit Washington, seinen Segen zu einer solchen Reise zu völlig neuen Ufern gegeben? Vielleicht hegte Valentin Falin selbst noch derlei Wunschprojektionen, möglicherweise in vertraulicher Abstimmung mit seinem westdeutschen Counterpart Egon Bahr, sicher aber ist, dass unter den relevanten Entscheidungsträgern niemand für die Wiederauflage eines bündnispolitisch ungebundenen, in Europa vagabundierenden Gesamtdeutschlands zu haben gewesen wäre, auch nicht auf der Seite der 1989 gerade noch so im Bündnis stehenden ostmitteleuropäischen Staaten, mit Polen am erster Stelle. Gewiss war die sowjetische Seite in den folgenden Monaten lange bestrebt, die sicherheitspolitisch einseitige Bindung des künftigen Gesamtdeutschlands an die NATO in irgendeiner Form zu modifizieren, aber ein neutrales Deutschland war ohne Zweifel zu diesem Zeitpunkt eine historisch überholte Chimäre. Und man darf annehmen: Im Kreml war all dies bekannt. Vor allem aber muss es an dieser Stelle darum gehen, die Validität eines vermeintlichen Schlüsseldokumentes wie des hier aufgegriffenen vor dem Hintergrund der tatsächlichen Kommunikationen zwischen den relevanten Hauptstädten in den folgenden Wochen zu testen. Schließlich sind Medien oft und gerne geneigt, wenn sie zeitgeschichtlich „enthüllen“, ein von ihnen ans Licht gezerrtes Dokument zum Schlüsseldokument zu proklamieren, mit dem sich vermeintlich Geschichte neu und ganz anders deuten lasse. Schließlich will man mit derlei marktschreierischer Attitüde im medialen Verdrängungswettbewerb Punkte machen.

Wie sieht der Test nun in diesem konkreten Fall aus? Vier Tage vor Kohls Auftritt im Deutschen Bundestag, bei dem sein Zehn-Punkte-Programm vorgetragen wurde, am 24. November, besuchte der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky die neue DDR-Führung, namentlich Ministerpräsident Hans Modrow in Ost-Berlin.²⁶ Und noch am selben Tag traf sich der sozialdemokratische Wiener Bundeskanzler mit seinen Genossen im Westen der Halbstadt, dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper (SPD). Die österreichische Seite nahm als Eindruck von Mompers Positionierung mit: „Die Hauptdifferenz zum Beispiel zwischen dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper (SPD) und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl betrifft zumindest verbal die Frage der Zweistaatlichkeit bzw. der ‚Wiedervereinigung‘. Momper lehnt das, was er ‚Wiedervereinigungsgequatsche‘ nennt, entschieden als schädlich ab, fordert von Bonn rasche und nicht erst nach Erfüllung gewisser, weitgehend bereits zugesagter, demokratie- und wirtschaftspolitischen Bedingungen zu leistende Hilfe für die DDR.“²⁷ Noch Ende Januar 1990 erwiderte Modrow den Vranitzky-Besuch mit einer Visite in Wien, und auch diesmal wurde das Stück von der noch lange bestehenden DDR und dem Ausbau

25 Ebd.

26 Dok. 78: Gespräch Vranitzky-Modrow, 24.11.1989, in: Österreich und die Deutsche Frage, S. 378-382.

27 Ebd., Dok.79: Bericht. Berlin im November 1989, 27.11.1989, Generalkonsulin Gabriele Matzner, S. 383-390, hier S. 386.

der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Wien und Ost-Berlin aufgeführt. Bundeskanzler Franz Vranitzky war allerdings offenkundig aus mindestens zwei Gründen zurückhaltend und klug genug, sich in dieser Phase, das heißt bis Anfang 1990, nicht zu deutlich als Gegner der deutschen Wiedervereinigung aus dem Fenster zu hängen: Er wollte es sich nicht zu offensichtlich mit Helmut Kohl verscherzen, der selbst ein deutliches Nahverhältnis zur Österreichischen Volkspartei und in der Wiener Großen Koalition zu Außenminister Alois Mock unterhielt, und er wusste naturgemäß, dass er beim angestrebten und bereits in der Sondierungsphase befindlichen österreichischen Beitritt zur EG ohne Bonner Assistenz nicht vorankommen werde. Gleichwohl: Man wird sicher nicht überinterpretieren, wenn man festhält, dass der damalige österreichische Regierungschef wie seine sozialdemokratische Partei einer etwaigen deutschen Wiedervereinigung etwa so reserviert gegenüberstanden wie der französische Staatspräsident; auch insofern lohnt es sich, diese spezifische österreichische Positionierung bereits vor Kohls Zehn-Punkte-Programm als Paradigma festzuhalten. Die Gründe sind unschwer zusammengefasst: Im deutschsprachigen Raum möglichst kein dominanter Nationalstaat und damit zugleich das Ende der Möglichkeit, von Wien aus ein geschicktes Dreiecksspiel aufzuziehen; hinzu kommt die allgemeine politische und kulturelle Abgrenzung der österreichischen politischen Klasse vom deutschen Identitätsbogen, wie sie nun einmal seit 1945 etabliert worden war und möglichst unbedingt fortgesetzt werden sollte. In durchaus kluger, wenn auch nicht alle Details abdeckender Einschätzung kam das zeitweilige Amt für Nationale Sicherheit der DDR zu folgendem Resümee, was die österreichische Gesamtfestlegung anbelangt: „Die DDR sei für Österreich nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor; von noch größerer Bedeutung sei für Österreich der Ausbau der politischen Kontakte, die eine Art Gegengewicht zum Verhältnis mit der BRD darstellen. Bundeskanzler Vranitzky vertrete seine diesbezüglichen Auffassungen zu diesem Problem mit einer Klarheit, die in der Haltung von Außenminister Mock vermisst werde.“ Der dann folgende Satz hingegen dürfte die politische Topographie in Wien nicht mehr adäquat beschrieben haben: „Unter allen Parlamentsparteien, einschließlich der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und trotz ihrer ‚deutsch-nationalen‘ Tendenzen, gäbe es den Konsens, dass die Existenz der BRD und der DDR für Österreich lebenswichtig sei.“²⁸ Eher verhielt es sich so, dass der historisch hochsensibilisierte Österreichfreund Helmut Kohl, jährlicher, dort gerne gesehener Urlauber in St. Gilgen im Salzkammergut, die Partnerpartei ÖVP mit Alois Mock durchaus auf seine Seite gezogen hatte. Und im sehr marginal gewordenen großdeutschen Lager, freilich fernab der politischen Kommandohöhen in Wien, gab es durchaus Sympathien für die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates: „An der großen U-Bahn-Bahnstation Karlsplatz (in Wien, P.M.) wurden Flugblätter verteilt, die ein Bild der zerbrochenen Mauer zeigten, einen Ausspruch von Friedrich Engels zitierten und ein wiedervereinigtes Deutschland forderten. Die Autoren des Flugblattes, wie auch seine Verteiler, waren Angehörige einer schlagenden Studentenverbindung.“²⁹

Nach dieser österreichischen Vorgeschichte nun zum Kern des Geschehens: Liest man heute den Vortrag Helmut Kohls am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag noch einmal nach, die sogenannten Zehn Punkte, vielfach unterbrochen durch Beifall, auch von Seiten des Koalitionspartners FDP und der oppositionellen SPD, nur nicht der Grünen, dann muss man durchaus auf die Suche nach gewissermaßen provokativen Elementen gehen. Kohl war klug genug, den letzten Punkt 10, auf den sich dann weitgehend die

28 Zit. nach Graf, Österreich und die DDR, S. 592.

29 Rolf Schneider: Frühling im Herbst. Notizen vom Untergang der DDR, Göttingen 1991, S. 21 f., zit. nach Graf, Österreich und die DDR, S. 588.

ganze folgende Aufregung konzentrieren sollte (daneben noch Punkt 5: Modrows Vertragsgemeinschaft transzendierend über „konföderative Strukturen“ zu einer Föderation, das heißt eine(r) bundesstaatliche(n) Ordnung), in einer Weise zu verpacken, die den absehbaren Kritikern entgegenzukommen angetan sein sollte: Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen sei Teil des gesamteuropäischen Prozesses (Punkt 6), der „Prozess der Wiedergewinnung der deutschen Einheit“ sei ein „europäisches Anliegen“, der KSZE-Prozess solle als Herzstück der „gesamteuropäischen Architektur“ weitergeführt werden, hier also eine deutliche verbale Konzession an die sowjetische Seite; in Punkt 9 plädierte der Bundeskanzler für weitergehende Abrüstung und Rüstungskontrolle. Es blieb damit der letzte Punkt, der neben Punkt 5 zur Herausforderung wurde: „Zehntens. Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Die Wiedervereinigung, d.h. die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“³⁰ Für die nächsten Tage liegen in den vorhandenen Editionen zwei Erstaufnahmen aus Bonner Sicht hinsichtlich der Rezeption des Zehn-Punkte-Programms auf internationaler Ebene vor: Kohls Chefberater Horst Teltschik fasste für seinen Chef die ersten Reaktionen in einer Vorlage vom 30. November zusammen.³¹

Nachdem Teltschik selbst neben dem Kanzler der wohl wichtigste Akteur für das Zustandekommen von Kohls Coup gewesen war, kann es nicht verwundern, dass in seinem Papier von Widerstand, ja Erregung und Polemik in den relevanten Hauptstädten (noch) keine Rede war. So hieß es für die Reaktion der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, sie sei sich aufgrund der vorliegenden Meldungen „nicht ganz im Klaren“.³² Dass der Teltschik-Bericht in den Akten zur deutschen Außenpolitik nicht erwähnt wird, geht gewissermaßen in Ordnung. Schließlich handelt es sich um eine Quelle aus dem Kontext des – mit dem Auswärtigen Amt vielfach rivalisierenden – Kanzleramtes. Anders steht es da schon um eine gleichzeitige Vorlage des Referatsleiters im Auswärtigen Amt Frank Lambach für seinen Staatssekretär Jürgen Sudhof über „amtliche Äußerungen des Auslands zu dem Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers.“ Hier heißt es schon einführend: „Kritische Töne sind unüberhörbar.“³³ Da allerdings diese Quelle ja bereits in der Sonderedition des Instituts für Zeitgeschichte über Auswärtiges Amt, DDR-Außenministerium und Zwei-Plus-Vier-Prozess seit mehreren Jahren verfügbar ist, ist es naturgemäß angezeigt, dass sie in den Akten zur deutschen Außenpolitik nicht nochmals abgedruckt wurde – notwendig wäre allerdings zweifellos eine Art Querverweis gewesen. Nur so könnte sich, und das gilt auch für die folgenden Texte wie Begebenheiten, ein schlüssiges Gesamtbild gewinnen. Um das noch einmal hervorzuheben: Aus der Blitzreise Hans-Dietrich Genschers Ende November/Anfang Dezember 1989 nach – in der Reihenfolge – London, Paris und Moskau findet der Leser in den Akten zur deutschen Auswärtigen Politik lediglich Aufzeichnungen der Begleitgespräche mit dem britischen Außenminister Hurd am 29. November in London und am Folgetag mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris (Dok. 388, S. 1650–1652, Dok. 389, S. 1653–1660); auf die sich anschließende Vorsprache Genschers bei Michael Gor-

30 Dok. 211, Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, hrsg. aus Anlass des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995, S. 632-638, Punkt 10, S. 637.

31 Deutsche Einheit, Sonderedition, Dok. Nr. 102, S. 574-577.

32 A.a.O., S. 575.

33 Dok. 25, Vorlage des Referatsleiters 210 Lambach, in: die Einheit, das Auswärtige Amt... S. 147-153, hier S. 147.

batschow und seinem Außenminister Edward Schewardnadse in Moskau wurde hier bereits eingegangen – da sie ihren Niederschlag in einer sowjetischen bzw. russischen Edition eines sowjetischen Protokollanten findet, wäre hier zweifellos der Abdruck der deutschen (Gegen-)Fassung in den Akten zur deutschen Auswärtigen Politik mindestens angezeigt gewesen.

Die Genscher-Gespräche mit den Kollegen Hurd in London und Dumas in Paris spiegeln in keiner Weise die Gesamtdramatik der Konsultationen in den beiden westeuropäischen Hauptstädten, mit den jeweiligen Spitzen Margret Thatcher und François Mitterrand. Es bleibt unerfindlich, warum gerade diese Spitzengespräche keine eigene Berücksichtigung in den Akten zur deutschen Außenpolitik finden, sondern dass hier nur Querverweise auf andere Erscheinungsorte aufscheinen: S. 1650, Fußnote 3, S. 1653, Fußnote 2. Gewiss findet sich an anderer Stelle die Niederschrift des deutschen Botschafters Pfeffer über die Begegnung Genschers mit Mitterrand am 30. November 1989 in Paris.³⁴ Zumindest wäre hier auch ein Querverweis bzw. eine entsprechend angereicherte umfangreiche Einführung in die Akten zur Auswärtigen Politik zu erwarten gewesen. Somit sieht sich der Leser bzw. sieht sich die Leserin vor die mühselige Notwendigkeit gestellt, sich die eigentlich spannenden Texte ohne Hilfestellung aus den verschiedensten Editionen zusammen zu suchen, sofern sie überhaupt vorfindlich sind. Denn für den Besuch Genschers bei Gorbatschow und Schewardnadse findet sich in den Akten ebenso überhaupt kein Bezug, weder Text noch Querverweis – historiographisch – handwerklich schon bemerkenswert. Damit ergibt sich der kuriose Befund, dass für Genschers Defensivblitzreise zu Thatcher, Mitterrand und Gorbatschow die Schilderungen seiner eigenen Erinnerungen insgesamt noch aussagekräftiger sind als die offiziöse, gerade erschienene deutsche Aktenedition, ein kuriose Bild, bedenkt man, wie wenig doch an sich zum Nennwert Memoiren zu nehmen sind.³⁵

Dass Genscher es wie in seiner aktiven Politik auch als Memoirenschreiber vortrefflich verstand, kritische Konstellationen und Punkte rhetorisch glattzuschmiegeln bzw. schmiegeln zu lassen,³⁶ ist ja Allgemeingut. So zurückhaltend wie nur möglich beschreibt Genscher die Position von Margret Thatcher: „Ich hatte den Eindruck, dass Frau Thatcher Vorbehalte gegen die deutsche Vereinigung hegte. Auch ihre wiederholten Warnungen vor Veränderungen des Status quo legten nahe, dass sie sich mit den Entwicklungen nur zögernd abfinden konnte.“³⁷ Das war, wie für Genscher typisch, noch sehr milde formuliert, in ihren Kommunikationen mit François Mitterrand und anderen reagierte sie tatsächlich ja sehr viel heftiger (s. u.). Im Gespräch mit François Mitterrand suchte Genscher sich mit der Perspektive einer zunehmenden Europäisierung zu behelfen, in die eine künftige deutsche Einheit einzubetten sei. Trotzdem holte Mitterrand ihm gegenüber zum großen Keulenschlag aus, der freilich gewiss über Genscher hinweg primär an Kohl adressiert war: Das französische Staatsoberhaupt malte die denkbar gefährlichste, ja aussichtsloseste Konstellation für einen künftigen Weg Deutschlands an die Wand, die Konstellation des Jahres 1913, als das wilhelminische Kaiserreich sich am Vorabend des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges mit Frankreich, Russland und Großbritannien – und damit zugleich mit drei der vier offiziellen Siegermächte dazu des Zweiten Weltkrieges – konfrontiert sah: Es sei sogar nicht ausgeschlossen, dass man in

34 Hilger, *Diplomatie für die deutsche Einheit.*, S. 56-61.

35 Hans-Dietrich Genscher: *Erinnerung*, Berlin 1995, S. 675 ff.

36 Vgl. die auch bei Andreas Wirsching gefertigte Arbeit Agnes Bresselau von Bressendorf: *Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979-1982/83*, Berlin, Boston 2015.

37 Genscher, *Erinnerungen* S. 676.

die Vorstellungswelt von 1913 zurückfalle. „Das Europa von 1913 sei aber voller Bedrohungen gewesen. Wenn die deutsche Wiedervereinigung sich in einem Europa vollziehen würde, das sich strukturell nicht entscheidend weiterentwickelt habe, dann riskierten wir, in alte Wege zu geraten. Er sei der Meinung, dass die Wiedervereinigung, wenn sie eines Tages komme, von einer noch stärker gefestigten europäischen Gemeinschaft aufgefangen werden müsse. Sonst würden die europäischen Partner, die sich ‚diesem neuen Körper von 80 Millionen Menschen gegenüber sehen, nach neuen Gegengewichten suchen‘.“³⁸ Ob unbewusst oder – vermutlich bewusst – präsentierte sich Mitterrand damit in der Kontinuität des französischen Staatspräsidenten Poincaré, der die auf Deutschland bezogene französische Allianzpolitik in den Ersten Weltkrieg hinein wesentlich forciert hatte. Von Belang ist hier zum einen die Weglassung des Faktors USA, der vierten Siegermacht von 1945, die nun hinter der deutschen Wiedervereinigungsambition unter der Kautele Fortbestand der deutschen NATO-Mitgliedschaft stand – und von dieser war bei Mitterrand überhaupt nicht die Rede. Vor allem Helmut Kohl war historisch gebildet genug, um zu wissen, welche Zeichen an der Wand hier aufleuchteten.³⁹ Genschers Schildknappeneinsatz für den Bundeskanzler in London, Paris und Moskau war alles andere als eigennützig. Gerade im Blick auf die Entwicklungen 1989/90 ist vielmehr evident, dass Kanzler und Außenminister, jeder zugleich Parteivorsitzender in der regierenden Konstellation, einander gewissermaßen vielfach unter dem Tisch beharkten, während sie sich einander mit Oberkörper und Mimik kooperativ zugewandt zeigten. Beide instrumentalisierten bestimmte Themen und Konstellationen gegeneinander – und dieser Prozess gestaltete sich dann weit in das Jahr 1990 hinein.

Genscher hatte seinen großen, bestens inszenierten Auftritt am 30. September 1989 auf dem Balkon der bundesdeutschen Botschaft in Prag gehabt, als er den dort gedrängten, mehreren tausend DDR-Deutschen die Perspektive ihrer Ausreise mitteilte – der gleichfalls anwesende Kanzleramtsminister und Parteifreund Helmut Kohls Rudolf Seiters verschwand dabei gänzlich im Hintergrund. Kohl hatte aus guten Gründen, darauf wurde hier schon hingewiesen, seinen Koalitionspartner im Vorfeld des Zehn-Punkte-Programms in keiner Weise beteiligt bzw. eingebunden; Margret Thatcher wie François Mitterrand kannten, wenn sie ab November 1989 Kohl attackierten, bestens eine schwache Stelle des Bundeskanzlers: Die noch immer nicht definitiv völkerrechtlich anerkannte Westgrenze Polens an Oder und Lausitzer Neiße (s. u.). Daran knüpften sie immer wieder wilde Spekulationen von einem über den Territorialbestand von Bundesrepublik und DDR möglicherweise ins Uferlose ausgreifenden wiedervereinigten Deutschland. Helmut Kohl waren hier gewissermaßen die Hände gebunden: Nach der nun einmal geltenden Rechtslage kam eine völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze, über die Verbindlichkeit des deutsch-polnischen Vertrages von 1970 hinaus, nicht infrage, solange nicht ein gesamtdeutscher Souverän dazu legitimiert war. Des Weiteren sah sich Kohl hier auf das den Unionsparteien am nächsten stehende Wählerklientel der Vertriebenen verwiesen, und im Hinterkopf stand auch immer noch die Überlegung, im Gegenzug von Polen einen endgültigen Reparationsverzicht zu verlangen. Genscher stand hier sehr viel mehr im Lager der Opposition aus SPD und Grünen und heimste dabei zugleich den Beifall der tonangebenden Medien ein. Hatte sich Genscher in seiner Zeit als Außenminister in der sozialliberalen Koalition bis 1982 für den NATO-Doppelbeschluss und die Nachrüstung eingesetzt, gewissermaßen als rechter

38 Niederschrift Pfeffer, Gespräch vom 30.11.1989, Diplomatie für die deutsche Einheit, Dok. 11, S. 56-61, hier S. 58

39 Zum weiteren Ablauf bei Mitterrand aus besonders kundiger historischer Perspektive Ulrich Lapenküper: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011, S. 262 f.

Flügelmann des damaligen Regierungsbündnisses, so changierte sicherheitspolitisch seine Position nach der Bildung der neuen Regierung unter Helmut Kohl zusammen mit den Unionsparteien. Vor allem Genscher setzte gegen britischen und amerikanischen Widerstand durch, dass es zuletzt, nachdem die Mittelstreckenraketenfrage ja zwischen NATO und Warschauer Pakt (unmittelbar zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml) 1987 im INF-Vertrag einvernehmlich gelöst worden war, nicht mehr zu einer Modernisierung von Kurzstreckenraketen kam. Diese Entwicklungslinien weisen bereits in das Jahr 1990, das hier nicht mehr weiter zu betrachten, aber doch zumindest anzudeuten ist: In seiner Tutzinger Rede vom 31. Januar 1990 sprach sich Genscher zwar *rebus sic stantibus* für die NATO-Mitgliedschaft des künftigen vereinigten Deutschlands aus, aber ohne „Ausdehnung der militärischen Strukturen der NATO auf das Gebiet der DDR“ und vor allem mit der bewusst nicht zu Ende deklinierten Perspektive eines bündnisüberwölbenden bzw. Bündnisse ersetzenden Europäischen Sicherheitssystems. Auch hier war nicht nur der Konflikt mit Kohl gegeben. Genscher durfte dreieinhalb Wochen später, beim deutsch-amerikanischen Gipfel von Präsident Bush und Bundeskanzler Kohl in Camp David, nicht teilnehmen, bei dem die Position der gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft definitiv festgezurrte wurde – angeblich, weil auch Außenminister James Baker nicht zugegen sein werde, der dann tatsächlich die ganze Zeit über intensiv am Gespräch teilnahm. Es bleibt abzuwarten, ob das diffizile Muster von Kooperation wie auch gegenseitiger Profilierung zwischen Kohl und Genscher im anstehenden Band der Akten zur deutschen Außenpolitik für 1990 seinen Niederschlag finden wird, die Sache würde es in jedem Falle verdienen und die Herausgeber sollten dazu den Mut aufbringen.

Zurück in den Dezember 1989: Am Nikolaustag, am 6. Dezember, trafen sich Mitterrand und sein Chefberater Jacques Attali in Kiew mit Michael Gorbatschow und dessen Berater Wadim Sagladin. Die sowjetische Seite war komplett auf Antiwiedervereinigungskurs gebürstet: Gorbatschow vertrat die Auffassung, die Mehrheit der DDR-Bevölkerung wolle zwar eine Demokratisierung, aber die sogenannten „sozialen Errungenschaften“ des Arbeiter- und Bauernstaates behalten. Während Mitterrand selbst eine deutsche Wiedervereinigung nicht gänzlich ausschließen wollte, sofern zuvor die inhereuropäischen Fragen im Sinne einer verdichteten Integration befriedigend geklärt seien, war man auf der Ebene der Berater noch sehr viel eindeutiger. Attali äußerte gegenüber Sagladin, „Frankreich wolle die Wiedervereinigung unter keinen Umständen, auch wenn er verstehe, dass sie letztlich unvermeidlich sei.“ Und am Ende, bei der gemeinsamen Pressekonferenz, bemühte François Mitterrand die französisch-sowjetische Waffenbrüderschaft, ging im Grunde geopolitisch auf die Struktur des französisch-russischen Bündnisses zurück, dass knapp 100 Jahre zuvor gestiftet worden war, im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Wieder war 1913, die Isolierung Deutschlands, aus dem historischen Vorratskeller in die Gegenwart transferiert worden.⁴⁰ Diese historische, antideutsche Reminiszenz wurde dann wieder bemüht, als Mitterrand und Thatcher sich

40 Im einzelnen Lappenküper, Mitterrand und Deutschland, S. 267 ff. , Etwas weniger apodiktisch, was die gemeinsame Absage von Mitterrand und Gorbatschow an die Perspektive einer deutschen Wiedervereinigung anbelangt, urteilt Rafael Biermann, Zwischen Kreml und Kanzleramt; Biermann sieht die Dinge so, dass beide Staatsmänner zunächst ihren Unwillen über das Kohlsche Vorpreschen im Dialog gewissermaßen abregiert hätten, sodann aber – mehr stillschweigend als deutlich ausgesprochen, zu der Schlussfolgerung gelangt seien, mehr als eine Europäisierung des deutschen Wiedervereinigungsprozesses werde sich vermutlich nicht erreichen lassen. Auch nach Biermann, S. 355, betonten beide zunächst die traditionelle französisch-russische bzw. französisch-sowjetische Partnerschaft, S. 355, am Ende steht aber gleichwohl das Resultat, S. 356: „Im Gespräch mit Mitterrand dürfte sich die Erkenntnis bei Gorbatschow verfestigt haben, dass sich die Wiedervereinigung

am Rande des europäischen Ratsgipfels vom 8. und 9. Dezember in Straßburg trafen. Mitterrand schlug der britischen Premierministerin „implizit eine Wiederaufnahme der Entente Cordiale nach dem Vorbild der Jahre 1913 und 1938 vor, um Kohl zum Respekt der Grenzen zu zwingen.“ Für seine Gesprächspartner war „die Teilung Deutschlands [...] nichts anderes [...] als der gerechte Preis für die Verbrechen der Nationalsozialisten“, mit anderen Worten: Der Deutschland-Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten von 1952/54 mit der gemeinsamen Wiedervereinigungsverpflichtung wurde hier schlicht und einfach für obsolet erklärt.⁴¹ Helmut Kohl selbst fühlte sich bei diesem Gipfel isoliert, und so wie er selbst es formulierte, tribunalartig befragt. Als schließlich hier letzte Etappe von Mitterrands faktischem Antiwiedervereinigungskurs manifestierte sich seine „Geisterfahrt zu einem Regime in Auflösung“, sein am 20. Dezember 1989 angetretener Besuch in der DDR. Unmittelbar zuvor hatte der bundesdeutsche Botschafter in Paris nach Bonn berichtet: „Die politische Klasse Frankreichs steckt voller Zweifel und Skepsis. Die Sorgenskala reicht vom Wiederaufleben des Bismarckschen Reiches bis zum wirtschaftlichen Übergewicht Deutschlands, aber die wenigsten sprechen aus, dass sie eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht wünschen, die meisten hoffen und spielen auf Zeit.“⁴² Es lohnt sich, sodann aus den Gesprächsprotokollen Mitterrands sowohl mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow als auch mit dem frisch ins Amt gelangten SED/PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi zu zitieren. Hier wird noch einmal das Bemühen überdeutlich, gegen den Kohlschen Wiedervereinigungskurs, der zugleich in der Bevölkerung der DDR bereits tiefe Wurzeln geschlagen hatte, irgendwie doch die Perpetuierung der DDR sicherzustellen. Mitterrand gegenüber Modrow: „Es sei auch Sache der DDR, den Nachweis zu liefern, dass 40 Jahre Existenz als Staat eine dauerhafte politische Realität darstelle. Ich habe ihm gesagt, dass die Mehrheit des Volkes der DDR die demokratische Erneuerung wolle, aber doch innerhalb der jetzigen staatlichen Ordnung. Auf der Regierung Modrow laste also eine große Verantwortung für das europäische Gleichgewicht.“⁴³ Und Mitterrand sodann im Gespräch mit Gregor Gysi: Komme es zu einer durch Wahlen in West und Ost manifestierten Mehrheit für eine deutsche Wiedervereinigung, dann könne man sich dem zwar nicht entgegenstellen, aber dies hätte „ernste Konsequenzen. Das habe ich Kohl und Genscher gesagt.“

Eine solche Zäsur habe sich jedenfalls „in die europäische Entwicklung“ einzuordnen. Und nun kamen sowohl wieder der Bezug auf die Konstellation vor Beginn des Ersten Weltkrieges als auch das Insinuieren mit uferlosen deutschen territorialen Forderungen – an die de facto in Bonn zu keinem Zeitpunkt irgendein Akteur dachte, der irgendwie von Belang gewesen wäre: „Anderenfalls würde man wieder zu der Lage von 1913 zurückkehren. Vielfältige Ursachen von Konflikten würden entstehen (...) Ich sehe schon genau vor mir, was kommen wird. Ich könnte es ihnen beschreiben. Ein Deutschland mit 80 Millionen birgt immer die latente Forderung in sich nach Schlesien, Pommern, Masuren, Sudetenland und Tschechoslowakei. Man wird diese Forderungen als

diplomatisch kaum aufhalten ließ. Mitterrand war auch in Kiew nicht bereit, seine ambivalente Haltung in der deutschen Frage aufzugeben. Zwar lag er in seiner Einschätzung nahe bei Gorbatschow. Doch war er nicht gewillt, einen Bruch mit der Bundesrepublik zu riskieren. Auffällig war sein Hinweis, dass Frankreich ‚ein Freund und Verbündeter der Bundesrepublik Deutschland‘ sei. Er verstehe, welches ‚Drama‘ das deutsche Volk durchlebe.“

41 Lappenküper, Mitterrand und Deutschland, S. 270.

42 Drahtbericht des Botschafters Pfeffer, Paris, 18.12.1989, Dok. 33 in: Die Einheit, S. 178-185, hier S. 179.

43 Gespräch des Ministerpräsidenten Modrow mit Staatspräsident Mitterrand in Ost-Berlin, 21.12.1989, Dok. 35 in: Die Einheit, S. 191-196, hier S. 192.

sehr legitim erscheinen lassen.“⁴⁴ Es ist hier nicht weiter zu vertiefen, wie die Dinge nach der Jahreswende 1989/90 allmählich in ein konstruktiveres und zugleich konzilianteres Fahrwasser gerieten. Kohl kam wie bekannt dem französischen Staatspräsidenten bei dessen Hauptforderung, dem Vorziehen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, weit entgegen. Die nicht nur prinzipielle, in irgendeiner fernen Zukunft, sondern sehr konkrete und baldige Preisgabe der D-Mark gewann Konturen. Auf der anderen Seite schritt der innere Zerfallsprozess in der DDR voran, schließlich und vor allem: Der Hegemon im westlichen Lager, die USA, machten die antideutschen Spiele der zweitklassigen europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich nicht mit. Klar ist aber auch, dass bei so viel geballtem Widerstand gegen eine deutsche Wiedervereinigung die hier schon genannte, mit den üblichen medialen Instrumenten hochgespielte Geheimkonferenz in der sowjetischen Botschaft Unter den Linden in Ost-Berlin, bei der der DDR Führung aus sowjetischen Munde das baldige Ende ihres Staates mitgeteilt worden sei, sehr vermutlich eine typische, substanzfreie Presse-Aufgeregtheit darstellt. Alle Evidenzen der folgenden Wochen sprechen dagegen. Helmut Kohl schließlich hatte nicht nur über diese Krisenwochen hinweg den Rückhalt bei seinem wichtigsten Verbündeten, den USA. Am Ende gelang es ihm auch, das Verhältnis zu Michael Gorbatschow allmählich wieder ins Lot zu bringen, das bei Gorbatschows Besuch in Bonn Mitte Juni 1989 schon eine so vorzügliche Qualität gewonnen hatte. Am 14. Dezember 1989 schrieb der Kanzler an Gorbatschow einen ausführlichen Brief, in dem er deutlich bemüht war, Druck aus dem Kessel zu nehmen. Kohl wandte sich gegen „jegliche chaotische Situation“, er plädierte für eine Vielzahl von einzelnen Schritten im Verhältnis zur DDR, er tat alles, um seinen Kurs in einen organischen Prozess des europäischen Miteinanders einzubetten: „Diesen gesamteuropäischen Rahmen habe ich im Auge gehabt, als ich das Leitmotiv meiner Zehn Punkte formulierte: Die künftige Architektur Deutschlands in die künftige Architektur Gesamteuropas einzubetten.“⁴⁵ Wie im Verhältnis zu Mitterrand gelang Kohl freilich auch im Verhältnis zur Gorbatschow die Wende zum Besseren erst in den ersten Monaten des Folgejahres 1990. Das ist hier nicht weiter zu vertiefen. Nach allem, was man heute weiß, geriet Gorbatschow nun einerseits in eine Situation, in der es ihm vor allem darum zu tun sein musste, wenigstens noch das unmittelbare sowjetische Kernimperium zusammen zu halten, mit den gefährdeten Krisenregionen Baltikum und Kaukasus; und zum anderen wurde in Moskau immer klarer, dass man von einem ökonomisch potenten Gesamtdeutschland sehr viel mehr erwarten durfte als von einem weiter anhaltenden, spannungsgeladenen Teilungszustand und einer immer maroder werdenden DDR, die zugleich an der Nabelschnur sowjetische Öllieferungen wie westlicher Kredite hing. Die Bearbeiter des Bandes der Akten zur deutschen Auswärtigen Politik für das Jahr 1990 werden ohne Zweifel vielerlei spannenden Stoff vorfinden, den ganzen Zwei-Plus-Vier-Prozess noch nicht einmal einbezogen. Es wäre sicher vorteilhaft, wenn sich das hier anstehende Procedere durch größere Nähe zum prioritären Problemhaushalt auszeichnen würde, als man dies den beiden Teilbänden für 1989 attestieren kann.

4. Gesamtbild, Würdigung

Vor der Verdichtung der internationalen Kommunikation zur deutschen Frage ab ca. November 1989 gab es – gewissermaßen die Overture – in der Bundesrepublik zwei

44 Gespräch des Vorsitzenden der SED/PDS Gysi mit Staatspräsident Mitterrand in Ost-Berlin, 21.12.1989, Dok. 36, in: Die Einheit, S. 196-204, hier S. 199.

45 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Generalsekretär Gorbatschow, Bonn, 14.12.1989, Dok. Nr. 123 in: Deutsche Einheit, S. 645-650, hier S. 648.

ganz wesentliche Begegnungen: Den Besuch des amerikanischen Präsidenten George Bush Ende Mai und ca. zwei Wochen später den Besuch von Michael Gorbatschow, wobei letzterer, der allgemeinen, bereits wohl etablierten Gorbi-Euphorie folgend, sehr viel emotionaler aufgenommen wurde, wie etwa auf dem Bonner Marktplatz. Vom Gorbatschow-Besuch ist vor allem ein Vieraugengespräch mit Helmut Kohl am Rhein in Erinnerung, bei dem letzterer eine deutsche Wiedervereinigung als auf Dauer unausweichlich beschrieben haben soll, ob im Nachhinein mythenhaft aufgeladen, sei hier nicht weiter vertieft. Und schließlich machte die Gemeinsame Erklärung von Helmut Kohl und Michael Gorbatschow vom 13. Juni 1989 Furore. In ihr hieß es: „Das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen und ihre Beziehungen zueinander auf der Grundlage des Völkerrechts souverän zu gestalten, muss sichergestellt werden. Der Vorrang des Völkerrechts in der inneren und internationalen Politik muss gewährleistet werden.“⁴⁶ Bezogen auf das, was sich dann ab Herbst 1989 vollziehen sollte, kann man eine Formulierung wie diese als eine Art Zwischenetappe kennzeichnen: Nicht zum ersten Mal eine Absage Gorbatschows an die „Breschnew-Doktrin“, also an den früheren sowjetischen Anspruch, mit Interventionen die eigenen Verbündeten auf Kurs zu halten, noch verklausuliert die Perspektive für eine freie Selbstbestimmung, aber auch eben der Vorrang des Völkerrechts vor den inneren Verhältnissen. In den Monaten November und Dezember 1989 argumentierte Gorbatschow dann ja gerne (s. o.) mit dem Hinweis auf den in dieser Weise festgelegten Vorrang der internationalen Stabilität vor der Infragestellung der staatlichen Existenz der DDR. Für den Bush-Besuch zwei Wochen zuvor verfügen wir über eine ausführliche eigene Untersuchung.⁴⁷

Das ganze kondensiert sich hier auf die Rede „Für ein ungeteiltes freies Europa“ von Präsident George Bush am 31. Mai 1989 in Mainz. Der amerikanische Präsident „wies [...] auf die Weltrolle der Bundesrepublik als Technologieführer und Wirtschaftsmacht hin und lobte ihren Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit.“ Und dann der amerikanische Präsident wörtlich: „Heute übernehmen wir noch darüber hinaus eine gemeinsame Aufgabe – als Partner in einer Führungsrolle.“⁴⁸ Auch auf der amerikanischen Seite war zu diesem Zeitpunkt von einer konkreten, operativen Wiedervereinigungspolitik noch nicht die Rede. Aber es wurden, ein halbes Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer, bereits Rahmenbedingungen dafür fixiert: Die Bundesrepublik als zentraler kontinentaleuropäischer Partner der USA, eine „special relationship“, beim anstehenden, teilweise bereits in Gang gekommenen (Faktor Polen) großen europäischen Transformationsprozess weg vom „real existierenden Sozialismus“, eine eindeutige Festlegung auf ein künftiges Deutschland, in welcher Konfiguration auch immer, das jedenfalls Teil der westlichen Welt und der NATO bleiben müsse, und schließlich im Blick auf die zu überwindende Teilung Berlins, Deutschlands und Europas aus amerikanischer Sicht offenkundig eine Trias mit innerem Zusammenhang: „An keinem anderen Ort wird die Teilung zwischen Ost und West deutlicher sichtbar als in Berlin. Dort trennt eine brutale Mauer Nachbarn und Brüder. Diese Mauer steht als Monument für das Scheitern des Kommunismus. Sie muss fallen.“⁴⁹ Aus der Vielfalt von Stellungnahmen, Berichten und Protokollen in den Akten zur deutschen Außenpolitik für 1989 ragen auch diese beiden wesentlichen Besuche auf dem Gebiet der Bundesrepublik, von Gorbatschow und George Bush, nicht in einer Weise hervor, die es dem Benutzer ermöglichen würde, das jeweilige Geschehen in seinem Stellenwert adäquat zu rezipieren.

46 Dok. 200 „Gemeinsame Erklärung“, in: Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 587-590, hier S. 587.

47 Pia Molitor: Partner in der Führung. Die Deutschlandpolitik der Regierung Bush/Baker als Faktor amerikanischen Machterhalts, Paderborn u.a. 2012.

48 Zit. nach Molitor, Partner in der Führung, S. 149.

49 Rede in Mainz, a.a.O., S. 148.

Man braucht immer vielerlei Quellen, aber gerade auch zu diesen Geschehnissen müsste man sich primär an anderen Orten umtun. Zugleich aber müsste nolens volens einem Kritiker der hier angestellten Bemerkungen sicher Recht gegeben werden, der zu dem Ergebnis gelangt, es handle sich hier nicht um eine Rezension, die das Gesamtopus von zwei umfänglichen Teilbänden würdigt, sondern um eine Fixierung auf ausgewählte, auf die deutsche Frage bezogene Abläufe. Andere 1989 relevante Themen wie Südafrika, Lateinamerika, China (die Unterdrückung der Opposition auf dem Tiananmen-Platz) wurden hier nicht weiter aufgegriffen. Darum sollte es hier aber auch keineswegs gehen. Im Zentrum stand vielmehr die Frage, ob und in welchem Maße eine opulente Edition wie diese über ein welthistorisches Schlüsselereignis Auskunft zu geben vermag, das in ihre Berichtszeit fällt, nämlich die kataraktartige Aktualisierung der deutschen Frage nach dem Fall der Mauer vom 9. November und nach Helmut Kohls Vorstellung seines Zehn-Punkte-Programms am 28. November 1989. Die gewissermaßen flächige Wiedergabe des Außenpolitikjahres 1989 mag ja ihren Sinn haben, als eine Art enzyklopädische Hintergrundinformation. Ob sie freilich auch ihren „Wert“ hat, bedenkt man, wie die Gewichte liegen und was es an verdienstvollen Parallelarbeiten ohnehin schon gibt, das sei doch eher bezweifelt.

Das Ende einer Erzählung: Die Transformationen nach 1989 im Spiegel neuer Literatur

Simon Clemens

Dreißig Jahre nach 1989 ebbt die gegenwartsdiagnostischen Versuche, die davon ausgehenden Entwicklungen zu deuten, nicht ab.¹ Auch 2019 erschienen im deutschsprachigen Raum einige Publikationen, die sich in der einen oder anderen Weise auf „die große Transformation“ beziehen.²

Philipp Ther: Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation. Berlin: Suhrkamp 2019, 200 S., 16 €.

Der in Wien lehrende Historiker Philipp Ther erlebte 1989 als Teil der samtigen Revolution in der Tschechoslowakei. Davon ausgehend fragt er, wie es zum „Annus horribilis von 2016“ (10), gemeint sind unter anderem die amerikanische Präsidentschaftswahl sowie die Entscheidung über den Brexit, kommen konnte. Es scheint ihm als sei das viel zitierte Bonmot des amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“, dem Sieg einer „Kombination aus schrankenlos freier Marktwirtschaft und liberaler Demokratie“ (13), seinerseits an ein Ende gekommen.

Zur Erklärung nimmt Ther Teile der wirtschaftsgeschichtlichen Überlegungen von Karl Polanyi auf. Die dialektische Beziehung der „Prinzipien des freien Markts und dem Schutzbedürfnis der Gesellschaft“ (17) resultiert aus dem Problem, das in der „Entwurzelung und Zerstörung sozialer Gemeinschaften“ (18) besteht. Auch das Fehlen sozialer Anerkennung sei im „Zeitalter des Neoliberalismus [...] systematisch“ (33) geworden. In diesem Sinne habe sich nach der Wende eine Form deregulierter Marktwirtschaft in

1 Ein besonders prominentes Beispiel hierfür ist der 2017 von Heinrich Geiselberger im Suhrkamp Verlag (Berlin) herausgegebene Band „Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit“.

2 Im Folgenden erhebe ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Andere aussichtsreiche Publikationen wären etwa „Ostfrauen verändern die Republik“ von Tanja Brandes und Markus Decker oder „Lütten Klein“ von Steffen Mau (das allerdings bereits in ZfD 44 berücksichtigt wurde).

Osteuropa ausgebreitet, die immer stärkere soziale Einschnitte verlangte und so die beschriebene Dialektik bedingte. Auch mit Blick auf Ostdeutschland schlägt er eine ähnliche Deutung vor, wenn er beispielsweise die Privatisierung durch die Treuhand beleuchtet. Diese sei nicht alternativlos gewesen, so führten etwa „Polen und Tschechien große Unternehmen von strategischer Bedeutung unter staatlicher Regie weiter und verkauften sie erst Ende der neunziger Jahre oder noch später.“ (83) Der Preis für den „deutschen Sonderweg“, eine „Mischung aus fehlenden gesellschaftlichen Visionen, nationaler Selbstbezogenheit und der spezifischen deutschen Schocktherapie war ein präzedenzloser wirtschaftlicher Einbruch. Die ostdeutsche Industrieproduktion sank bis Mitte der neunziger Jahre auf 27 Prozent des Niveaus von 1988.“ (88) Mit Bezug auf soziale Anerkennung schreibt er, dass Menschen „einmal erlebte soziale Entbehrung nicht einfach vergessen“ (94).

In ähnlicher Weise beschäftigt Ther sich in den anderen Essays des Buchs mit dem innenpolitischen Geschehen der USA nach dem Kalten Krieg, den Entwicklungen in Italien in den „Berlusconi-Jahren“ sowie der Beziehung zwischen Russland, der Türkei und dem Westen. Thers Texte bieten einen essayistischen Überblick über die jeweiligen Geschehnisse und lesen sich als gute Einführung. Sein hauptsächlich theoretischer Bezugspunkt – Polanyis *The Great Transformation* – erscheint dabei leider etwas blass. Auch hätte eine Diskussion der Schwächen der Theorie den Blick weiten können. So unterschätzt er etwa „the emancipatory role of marketization in destabilizing traditional oppressions. And [...] fails to validate the inherently destabilizing yet undeniably emancipatory character of struggles against such oppressions“.³ Ferner scheinen manche von Thers Deutungen bereits öfters geäußert worden zu sein (was ihnen natürlich nicht ihre Validität nimmt), während man sich an anderer Stelle mehr analytische Präzision gewünscht hätte: etwa wenn Ther im Nachwort schreibt, dass „die liberale Demokratie wieder mehr Kante zeigen“ (179) müsse.

Ivan Krastev/Stephen Holmes: Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung. Berlin: Ullstein 2020, 368 S., 26 €.

Während der bulgarische Politologe Ivan Krastev Teilen der deutschen Leserschaft durch seine letzte Publikation bekannt sein dürfte,⁴ handelt es sich für Stephen Holmes, Professor an der NYU School of Law, um die erste deutschsprachige Veröffentlichung. Auch sie nehmen auf das „Ende der Geschichte“ Bezug und konstatieren, dass der „Liberalismus zum Opfer seines [...] vorausgesagten Erfolgs wurde“ (8). Das Scheitern der Transformation der ehemaligen Sowjetstaaten sehen sie hauptsächlich im „Nachahmungsimperativ nach 1989“ begründet. Es handle sich hierbei um eine Art „Runderneuerung, die zwar nicht auf Befehl des Westens, aber doch ‚unter den Augen des Westens‘ umgesetzt wurde“ (22), und somit Scham, Verbitterung und Angst vor kultureller Auslöschung schürte. Prägend für den Nachahmungsdruck sind „eine anerkannte moralische Überlegenheit des Nachgeahmten“ sowie dessen Alternativlosigkeit, die Erwartung einer bedingungslosen Anpassung und der Anspruch „der Vertreter der zu imitierenden Länder, den Fortschritt der nachahmenden Länder dauerhaft zu beobachten, überwachen und bewerten zu dürfen“ (17).

Ausgehend von dieser Schablone betrachten sie drei Phänomene, die sie als Reaktionen auf den „vermeintlich kanonischen Status westlicher Politikmodelle“ (25) sehen. Erstens artikulierten die kommunitaristischen und anti-liberalen Populisten Mitteleuropas

3 Nancy Fraser: Why Two Karls are Better than One. Working Paper der DFG-Kollegforscher_innen-gruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 1/2017, Jena 2017, S. 7.

4 Ivan Krastev: Europadämmerung. Ein Essay, Berlin 2017.

eine (weniger theoretische als psychologische) „Abscheu gegenüber einem vermeintlichen Nachahmungsimperativ“ (111). Zweitens betrachten die Autoren die „Nachahmungspolitik im postkommunistischen Russland“ (119), deren Annäherung an demokratische Versuche von Beginn an den Charakter einer Farce hatte, und behaupten, dass die Nachahmung final in einer parodistischen Spiegelung amerikanischer Außenpolitik mündete, einem „ironischen Mimikry“ (200). Drittens wende sich das Paradigma der Nachahmung in der Wahl Trumps gegen sich selbst, da dieser nicht mehr bereit sei, Vorbild zu sein. Das Zeitalter der Nachahmung teilte die Welt in „relativ stabile und wohlhabende liberale Demokratien und in Länder, die ihnen nachzueifern hofften“ – eine Asymmetrie, die „inzwischen fast vorbei“ (278) sei. Zerstört durch die hervorgerufene Verbitterung und China als weltpolitischem Akteur. Dieses Ende stehe für die Rückkehr „einer pluralistischen und kompetitiven Welt ohne militärische oder ökonomische Machtzentren, die ihr Wertesystem überall verbreiten wollen“ (303). Nichtsdestotrotz sei ein „geläuterter Liberalismus [...] die politische Idee [...], die dem 21. Jahrhundert am ehesten entspricht“ (304).

Der Politikwissenschaftler Philip Manow bezeichnet das Buch treffend als geopolitische Musterdeutung und legt nahe, dass es sich um ein Genre handle, dass für diejenigen bestimmt sei, die „keine Zeit für Forschung“ hatten.⁵ Außerdem hebt er hervor, dass durch den Versuch, mit der Nachahmung auch die Krise westlicher Demokratien zu erklären, „das Argument [...] endgültig die seriöse Zone“ verlässt, da ein Konzept das alles erklärt, im Grunde nichts erklärt.⁶ Sieht man von Manows polemischem Ton ab, ist ihm in der Sache Recht zu geben. Obwohl sich immer wieder spannende Einzelanalysen finden, mangelt es der grob geschnitzten Metaerzählung an analytischer Schärfe. Hierzu mag auch das wilde durcheinander Referenzieren von Zeitungsartikeln, Romanen etc. beitragen. Es ist schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, dass unpassende historische sowie geopolitische Entwicklungen passend gemacht bzw. ausgeblendet wurden.

Jan-Werner Müller: Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus. Berlin: Suhrkamp 2019, 171 S., 16 €.

Ähnlich wie Krastev genießt auch der in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller eine gewisse Bekanntheit.⁷ Wie seine Vorgänger setzt auch er bei der Diagnose an, dass der Liberalismus „weltweit unter Druck“ (9) stehe. Im Gegensatz zu ihnen bezeichnet er jedoch das Narrativ, welches behauptet, der Liberalismus hätte sich nach 1989 in einem Trumphalismus gefallen, als „Klischee“ und fragt, ob „wirklich niemand einen Gedanken an Nation und Gemeinschaft [verwendete], als im Südosten Europas ein Bürgerkrieg einem multinationalen Experiment ein blutiges Ende setzte (und in den Seminarräumen allerorts Kommunitaristen gegen Liberale philosophische Landgewinne verzeichneten)“ (15). Dabei betont er auch, dass Fukuyamas Erzählung niemals so simplizistisch gewesen sei, wie seine Kritiker behaupten.

Im weiteren Verlauf zeichnet Müller einige ideengeschichtliche Elemente des Liberalismus nach und mündet in einer Aktualisierung von Judith Shklars „Liberalismus der

5 Philip Manow: Nachahmen und nachgeahmt werden. Warum kriselt der Liberalismus? Ivan Krastev und Stephen Holmes erklären die Weltlage mit arg grobem Pinselstrich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.12.2019.

6 Ebd.

7 Insbesondere sein 2016 erschienener Essay „Was ist Populismus?“ (Berlin: Suhrkamp) dürfte einem breiten Publikum bekannt sein.

Furcht“ (27).⁸ Shklar geht von der Frage aus, wie die *sho‘ah*, (wenn überhaupt) zu begreifen sei. Dabei konstatiert sie, dass „die Dominanz überkommener Denktraditionen aus dem 19. Jahrhundert es schwer mache, Politik im 20. Jahrhundert zu verstehen“ (86). Es gelte ein Verständnis für die Opfer bestimmter Politiken zu entwickeln. Liberalismus bedeutet hier, dass jeder „ohne Furcht und ohne sich bei anderen anbieten zu müssen“ (87) leben können solle, soweit es sich mit der Freiheit der anderen verträgt. Es gelte den Opfern zuzuhören und zu erkennen, dass das absolut Böse menschliche Grausamkeit sei (wobei Institutionen die Furcht auslösen, nicht primär staatlich sein müssen). „Die Antwort auf Furcht ist nicht Mut, sondern gesicherte Freiheit“ (101). Müller aktualisiert Shklars Denken dahingehend, dass er ihm einen „Liberalismus der Rechte“ zur Seite stellt, „eine Position, die seit den Frühzeiten des Liberalismus primär als eine Form des Konstitutionalismus [...] bekannt ist. Rechte schützen den Einzelnen und eröffnen furchtfreie Räume.“ (147). Seine Überlegungen sind dabei auch vor dem Hintergrund eines entarteten Neoliberalismus und zunehmender anti-liberaler Populismen zu verstehen. Teile von Müllers Buch sind durch seine Auseinandersetzungen mit dem Populismus bestimmt. Dabei plädiert er immer wieder für eine Entkulturalisierung von Politik. So sei auch das Narrativ des Kampfs zwischen Volk und liberalen Eliten fehlgeleitet. Im Sinne des Liberalismus der Furcht müsse die Grausamkeit der Populisten aufgezeigt werden. Auch nimmt Müller eine Apologie der Identitätspolitik vor, dessen Mehrwert er unter anderem darin sieht, dass sie „gemeinsame Leiterfahrungen“ (111) sichtbar macht und das Ziel verfolgt, Freiheit und Gleichheit „besser zu verwirklichen“ (115).

Müller nimmt die Lehren des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts ernst und bietet eine interessante Alternative zur hegemonial gewordenen Vulgärlesart des Liberalismus an. Dabei bleibt er – wie er selber schreibt – „eine direkte Antwort auf die neuen philosophischen und auch theokratischen Antiliberalen schuldig“ (141). Dies ist bedauerlich, muss allerdings dem behandelten Phänomen und nicht Müller zugeschrieben werden.

Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusion. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp 2019, 305 S., 18 €.

Andreas Reckwitz, Professor für Soziologie in Berlin, ist im deutschsprachigen Raum kein Unbekannter. Der vielfache Preisträger dürfte der breiten Leserschaft vermutlich seit *Gesellschaft der Singularitäten*⁹ ein Begriff sein. Auch seine Analyse nimmt ihren Ausgang mit dem Fall der Berliner Mauer. Er weist auf die Erwartungen hin, die an das Ende des Kalten Krieges geknüpft waren und „sich heute als Illusionen [erweisen], das Ergebnis ist *Desillusionierung*.“ (9) In fünf Essays nimmt er die Transformationsprozesse in den Blick. Allen ist gemein, dass sie auf seine früheren Diagnosen Bezug nehmen und einen Wandel von der industriellen Moderne in die Spätmoderne konstatieren.¹⁰ Dabei wiederholt er seine (berühmte) Diagnose, dass „die soziale Logik des Allgemeinen ihre Vorherrschaft verliert an die *soziale Logik des Besonderen*.“¹¹ Beleg hier-

8 Lange Zeit in Deutschland wenig beachtet, findet das Denken Judith Shklars immer mehr Eingang in die Debatte. Shklar, geboren in Lettland und Tochter nicht-praktizierender Juden, floh 1938 mit ihren Eltern nach Kanada. Nach Studium und Promotion lehrte sie in Harvard als erste Frau am Governance Department. Einen interessanten Überblick gibt auch ein jüngst erschienener Themenschwerpunkt, vgl. Hannes Bajohr und Rieke Trimçev (Hrsg.): Die politische Theorie von Judith N. Shklar. Zeitschrift für politische Theorie, 2:2018.

9 Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2019.

10 Vgl. bspw. Andreas Reckwitz: Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung, Berlin 2012, S. 133–145.

11 Reckwitz: Gesellschaft der Singularitäten, S. 11.

für ist bereits der erste Text, der zwei sich gegenüberstehende Formen der Kulturalisierung ausmacht: Einerseits die „Hyperkultur“, in der alle (kulturellen) Güter inkorporiert werden und die auf Selbstentfaltung und -verwirklichung zielt. Andererseits der „Kulturessenzialismus“, in dem „das Kollektiv [...] Ort der Kultur“ (42) ist und Kultur „als Essenz“ (44) erscheint. Beide Formen sind auf „das Besondere und Einzigartige, auf das *Singuläre* bezogen: auf der einen Seite die Partikularität der Gemeinschaften, auf der anderen die Einzigartigkeit der kulturellen Güter und die emphatische Individualität des sich selbst verwirklichenden Einzelnen.“ (55) Der zweite und dritte Essay befassen sich mit den (mehr oder minder) ökonomischen Grundlagen der Spätmoderne. Reckwitz konstatiert dabei einerseits ein „Nebeneinander disparater Lebenswelten“, da „aus dem Erbe der nivellierten Mittelstandsgesellschaft die neue Mittelklasse emporsteigt, die prekäre Klasse absteigt und die alte Mittelklasse stagniert“ (126 f.). Andererseits sieht er eine Kulturalisierung der kapitalistischen Struktur am Werke, die auch eine Ökonomisierung des Sozialen bedeute, das heißt, „dass Muster und Normen, die charakteristisch für das Feld der Wirtschaft sind, in soziale Felder [...] einwandern“ (193).

Der vierte Essay des Bandes beschäftigt sich mit der Frage, was die paradoxe Erwartungsstruktur der spätmodernen Kultur für das Subjekt bedeutet. Es werde „Höchstes erwartet, und zugleich wünscht es von sich und für sich Höchstes“ (219) – also Streben nach Selbstverwirklichung, sozialem Status und Anerkennung. Das Subjekt kann daran nur scheitern, allerdings fehlt es an Modellen, „um mit den negativen Unverfügbarkeiten seinen Frieden zu machen“ (232), was sich wiederum in Gewalt und psychischen Krankheiten entäußere. Der letzte Essay des Bands beschäftigt sich mit der „Krise des Liberalismus“. Reckwitz begreift hier die Entwicklungen seit 1945 vor dem Hintergrund politischer Paradigmen, welche sich „als Komplexe der Problemlösung begreifen [lassen], und zwar als Diskurse und Regierungstechniken zur Bearbeitung *gesellschaftlicher* Probleme“ (244). Die Links-Rechts-Unterscheidung verschiebe Positionen immer nur im Rahmen dieser Paradigmen. Grundsätzlich lassen sich solche unterscheiden, die auf Regulierung zielen und solche die auf Dynamisierung setzen. Das sozial-korporatistische Paradigma, das die Bundesrepublik seit 1945 beherrschte (Keynesianismus/formierte Gesellschaft etc.), zielte auf Regulierung und mündete in den 1970ern in eine Überregulierungskrise. Dementsprechend wurde es in den 1980ern vom sogenannten apertistischen Liberalismus (Paradigma) abgelöst, was Neoliberalismus und Linkliberalismus umfasste. „Seit einiger Zeit – sichtbar seit etwa 2010 – gerät das [...] Paradigma seinerseits in eine Krise [...].“ (268) Abschließend fragt er, wie „das nächste große Paradigma“ aussehen wird und beschreibt einen „*regulativen* oder *einbettenden Liberalismus*“ (285), der regulierend wirkt ohne mit dem sozial-korporatistischen Modell identisch zu sein, auf die Krise des Allgemeinen antwortet und an den liberalen Grundlagen festhält. Reckwitz legt hier, von den bisher diskutierten Ansätzen, die mit Abstand „soziologischste“ Analyse vor, wie auch der sprachliche Stil seiner Arbeit illustriert. Auf diesem Wege birgt er auch das weitreichendste Erkenntnispotential. Lediglich die – hier nicht diskutierten – Auswege aus der Krise, können nur teilweise überzeugen, wie der Soziologe Armin Nassehi plausibel argumentiert hat.¹²

12 Vgl. Armin Nassehi: Selbstverwirklichung ist Anstrengend. Geteilte kulturelle Grundwerte müssen sein: Der Soziologe Andreas Reckwitz hat einige Wünsche an das linksliberale Milieu. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.02.2020.

Kirsten R. Ghodsee: Warum Frauen im Sozialismus besser Sex haben. Und andere Argumente für ökonomische Unabhängigkeit. Berlin: Suhrkamp 2019, 277 S., 18 €.

In ganz anderer Form blickt Kirsten R. Ghodsee, Professorin für Russland- und Osteuropastudien an der University of Pennsylvania, in das 20. Jahrhundert zurück. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Transformation nach 1989 versucht sie, die erhaltenswerten Ideen des Staatssozialismus zu bergen, wobei sie stets betont, dass es ihr nicht um eine Glorifizierung des Autoritarismus gehe. Insbesondere sind es die „Betonung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen und die Idee, dass Liebesbeziehungen frei von finanziellen Überlegungen sein sollten“ (21), die sie hervorhebt. Unregulierter kapitalistischer Wettbewerb diskriminiere diejenigen, „die aufgrund ihrer reproduktionsbiologischen Rolle für das Kinderkriegen zuständig sind“ (32). Dabei beschäftigt sie sich mit verschiedenen Strategien, die in sozialistischen Staaten angewandt wurden, um diese Lücke zu schließen, indem sie etwa die Erwerbstätigkeit von Frauen förderten. Dass dies teilweise auch mit Erfolg beschieden war, bestätigen zwar einige Statistiken der ILO aus den Jahren 1950 und 1985, muss durch Berichte der Frauen allerdings „erheblich relativiert“ (76) werden. Als mögliche Strategie diskutiert sie hierbei die „Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor“ (79), wie sie auch in Skandinavien praktiziert wird. Es bedürfe „kollektiver Unterstützung bei der Kindererziehung“ (99) sowie Frauenquoten, wobei es nicht darum gehe, „Frauen in verantwortliche Positionen zu hieven, weil sie weiblich sind; es geht darum, die tiefsitzenden, unbewussten Vorurteile zu bekämpfen, wonach Männer Anführer und Frauen Mitläufer sind“ (151).

In den beiden Kapiteln, die sich auf den Titel des Buches beziehen, argumentiert Ghodsee für eine Sexualität, die aus Zuneigung erwächst. Wirtschaftliche Unabhängigkeit sei hier die „Vorbedingung für eine authentische Form der Liebe“ (181). Wieder betont sie, dass sie den Staatssozialismus nicht glorifizieren, sondern aufzeigen will, „wie der Kapitalismus sich auf unsere intimsten Erfahrungen auswirkt“ (185). Sieht man von den in diesem Bereich offensichtlichen und von der Autorin benannten methodischen Problemen ab, scheinen Studien nahe zu legen, „dass die Menschen im Sozialismus tatsächlich besseren Sex hatten“ (198) und die wirtschaftliche Unabhängigkeit dafür entscheidend war. In unterhaltsamem Ton und gespickt mit persönlichen Erfahrungen argumentiert die Autorin für die ökonomische Gleichstellung der Frau. Der im Titel angedeutete Themenkomplex nimmt dabei jedoch nur relativ wenig Raum ein (die Wahl scheint Entscheidung des Verlags gewesen zu sein, wie Ghodsee zugibt). Oft wird außerdem deutlich, dass die Autorin für ein amerikanisches Publikum schreibt, wie etwa das letzte Kapitel illustriert, das die „Millenials und Angehörigen der Generation Z“ (236) zur US-Präsidentenwahl aufruft. Auch der Begriff Sozialismus ist hier amerikanischer Prägung, meint er doch häufig die skandinavischen Länder oder einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat. Für ein europäisches Publikum ist das Buch insbesondere deswegen interessant, da es neben einem spannenden Blick auf die Geschehnisse von 1989 Einblick in die Debatten der (US-) Demokraten gibt.